

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Papen-Lohnraub rechtsgültig

Leipzig, 12. November.

WTB. In der heutigen Revisionsverhandlung im arbeitsrechtlichen Streit wegen des Lohnabbaus im Alexanderwerk in Remscheid hatte das Reichsarbeitsgericht über die Rechtsgültigkeit der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 zu befinden. Diese Verordnung war von gewerkschaftlicher Seite aus als verfassungswidrig bezeichnet worden. Man stützte sich im wesentlichen auf die Auffassung, daß keine ausreichende Ermächtigung zu ihrem Erlaß vorgelegen habe, und daß der durch sie erfolgte Einbruch in den Grundsatz der Unbedingbarkeit des Tarifrechts auch außerhalb des durch sie umrissenen Aufgabenkreises liegt, „zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen, Zuzulieferungen zu vereinfachen und zu verbilligen“.

Mit dem Arbeitsgericht Remscheid hat das Reichsarbeitsgericht die Rechtsgültigkeit der Rechtsverordnung vom 5. September grundsätzlich bejaht, wenigstens soweit die hier in Frage stehenden Teile in Betracht kommen.

Dieses Urteil ist von unüberschaubarer Tragweite für die Gewerkschaften und die zukünftigen Kämpfe der Arbeiter gegen den Lohnraub. Es dreht sich hier um die in den letzten Monaten viel umstrittene Frage, ob für die Gewerkschaften gegenüber dem Lohnabbau in den einzelnen Betrieben auf Grund der Papenverordnung die sogenannte Friedenspflicht Gültigkeit hat. Bekanntlich hatten die oberen Gewerkschaftsinstanzen unter Führung des ADOB-Arbeitsrichters Nörpel in den vielen Streiks im September und Oktober die Auffassung vertreten, daß ein Lohnabbau auf Grund der Papenverordnung dann rechtsgültig wäre, wenn dadurch die Löhne eines noch gültigen Tarifvertrages verschlechtert würden. Damit würde der Tarif gebrochen und die Gewerkschaften hätten das „Recht“ zum Streik. Auf Grund dieser Rechtsauffassung haben die Gewerkschaften die Streiks gegen einen derartigen Lohnabbau sanktioniert, dazu aufgefordert und Streikunterstützung bezahlt. Wie bekannt, war deshalb die überwältigende Mehrzahl der so geführten Streiks erfolgreich.

Die Unternehmer haben deshalb zunächst insofern einen allgemeinen Rückzug angetreten, als sie zunächst mit den Lohnabbaumaßnahmen etwas zurückhielten und unter Ausnutzung der von ihnen nicht anerkannten Rechtsauffassung der Gewerkschaften die ganze Frage auf eine arbeitsrechtliche Entscheidung der obersten Arbeitsgerichte ebenschieben. Die Unternehmer wußten, was sie damit taten. Sie wußten, was wir auch sofort voraussagten, daß die Arbeitsgerichte des kapitalistischen Staates selbstverständlich im Sinne der Unternehmer und gegen die Arbeiter und Gewerkschaften entscheiden werden. Auf diese Art, so spekulierten die Unternehmer mit Recht, wird ihr Lohnraub ausdrücklich „rechtlich“ legalisiert.

Blieben nun, nachdem ein endgültiges Urteil der obersten Arbeitsgerichtsbehörde gefällt ist, die Gewerkschaftsinstanzen auf ihrem rechtlichen Standpunkt, das heißt erachten sie diese Rechtsauslegung nach wie vor als für sie bindend, dann bedeutet das in der Praxis, daß die Gewerkschaftsführung genau so wie sie bisher jeden Streik gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch ablehnte, jetzt auch jeden Streik gegen den Lohnraub auf Grund der Papenverordnung ablehnen wird.

Das kann und darf die Arbeiterschaft bei Strafe ihres völligen Untergangs unter keinen Umständen mitmachen.

Sie muß, wenn sie leben will, gegen jeden weiteren Lohnraub den Kampf mit allen Mitteln führen ohne Rücksicht auf die von der herrschenden Klasse geschaffenen „Rechts“-Bestimmungen. Die Arbeiterschaft, besonders die Mitglieder der Gewerkschaften müssen aber auch dafür sorgen, daß von der Gewerkschaftsführung dieser unsinnige Standpunkt der bedingungslosen Anerkennung und Bejahung des „gesetzlichen Rechts“ sofort preisgegeben und die Linie des rücksichtslosen Klassenkampfes gezogen wird. Nur wenn der Kampf gegen den Lohnraub gegen die Kapitalsdiktatur mit aller Rücksichtslosigkeit geführt wird, wird es auch gelingen, die arbeiterfeindlichen Gesetze zu beseitigen und das „Recht“ im Sinne der Arbeiterklasse zu ändern. Geschieht das nicht, dann ist nicht nur das Streikrecht, sondern auch die Gewerkschaften verloren. Darum: Im Interesse der ganzen Arbeiterklasse und der Gewerkschaften selbst müssen die Gewerkschaftsmitglieder diese Frage überall sofort in den Mittelpunkt aller Gewerkschaftsveranstaltungen stellen und eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Taktik der Gewerkschaftsführung im Sinne des Klassenkampfes erzwingen.

Alarmnachrichten!

Noch diese Woche Reichstagsauflösung?

Die gesamte deutsche Presse aller politischen Richtungen bringt alarmierende Nachrichten über die nächsten Absichten der Reichsregierung. Danach soll der Plan bestehen,

den Reichstag noch vor seinem Zusammentritt, wahrscheinlich noch in dieser Woche, wieder aufzulösen.

Zur „Begründung“ dieses ungeheuerlichen Planes wird angegeben, daß nach der Absage der Nazis an die Regierung Papen keine Aussicht bestehe, im Reichstage eine Mehrheit für Papen zusammenzubekommen. Daher müsse der Reichstag sofort wieder aufgelöst werden!

Es ist besonders bemerkenswert, daß diesen Alarmnachrichten, die auch in so rechtsstehenden Zeitungen wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gebracht werden, kein Dementi der Regierung gegenübergestellt wird. Man muß also tatsächlich annehmen, daß diese Pläne mindestens in der Regierung ernstlich erwogen werden, falls sie nicht gar schon bis zu festen Beschlüssen gediehen sind.

Der „Montag-Morgen“ will wissen, daß die Nationalsozialisten die Absicht hätten, einen Oegenschlag gegen diese Pläne der Reichsregierung zu führen. Der bisherige Reichstagspräsident Göring, der für die Einberufung des neuen Reichstages zuständig ist, soll beabsichtigen, nicht bis zu dem von der Regierung angegebenen Termin (6. Dezember) zu warten, sondern den Reichstag bereits in der nächsten Woche einzuberufen.

Es sieht also so aus, als ob wieder ein ähnliches Wettrennen einsetzt wie kurz vor der vorigen Reichstagsauflösung im September. Aus Regierungskreisen berichtet die „Welt am Montag“, daß man dort

zu den äußersten Maßnahmen entschlossen sei und auch vor der Einsetzung der Reichswehr und der Verhängung des Ausnahmezustandes nicht zurückschrecken werde.

Die innenpolitische Situation spitzt sich also außerst zu. Höchste Kampfbereitschaft aller Arbeiterorganisationen und verstärkte Bemühungen um die Bildung des Arbeiterblocks sind das Gebot der Stunde!

Sonntag der Gemeindewahlen

Arbeitermehrheit in Leipzig und Chemnitz zurückerobert — Im allgemeinen weitere Verluste der SPD und der Nazis — Die SAP behauptet sich gut

Am Sonntag fanden in Sachsen, in Lübeck und im Saargebiet Kommunalwahlen statt. Wenn auch die Ergebnisse örtlich mancherlei Verschiedenheiten aufweisen, so kann man doch eine gewisse einheitliche Tendenz feststellen. Gegenüber der Reichstagswahl vom 6. November haben die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten weiter an Stimmen verloren, und zwar meist mehr, als der geringeren Wahlbeteiligung an sich entsprechen würde. Andererseits hat die KPD in zahlreichen Orten trotz der geringeren Wahlbeteiligung ihre Stimmenzahl vom 6. November gehalten. Dadurch und infolge der Verluste der Nationalsozialisten und durch die Zersplitterung im bürgerlichen Lager konnte die Arbeiterschaft in manchen Gemeinden ihre Position wesentlich verbessern. So ist vor allem in Leipzig und in Chemnitz die Linksmehrheit zurückerobert worden.

Wie die SAP bei den sächsischen Gemeindewahlen gestanden hat, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen, da bisher nur aus wenigen Städten überhaupt das Wahlergebnis gemeldet ist. In den großen Städten war es für die SAP begreiflicherweise am schwersten, während man annehmen darf, daß in den mittleren Industriegemeinden vor allem des Vogtlandes und der Lausitz die SAP günstiger abgeschnitten hat. Hierüber werden wir erst morgen, wenn die Einzelergebnisse aus Sachsen gemeldet sind, berichten können. Vorläufig ist nur festzustellen, daß die SAP in Plauen und in Zwickau den Tiefpunkt vom 6. November überwunden und auch in Leipzig verhältnismäßig befriedigend abgeschnitten hat. Daß in Chemnitz einige wenige Stimmen gegenüber

dem 6. November verloren gingen, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bei den Stadtverordnetenwahlen auch die KPD mit einer eigenen Liste auftrat.

Starke Linksmehrheit in Leipzig

SAP gut behauptet

Leipzig, 12. November.

WTB. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden abgegeben: für die Nationale Bürgerliste 55 858 Stimmen, 11 gegen 28 Mandate; SPD 132 871, 24 gegen 27 Mandate, Reichstagswahl vom 6. November 153 698 Stimmen; KPD 96 275, 17 gegen 8 Mandate, Reichstagswahl 100 202 Stimmen; Volksrechtspartei 16 090, drei gegen vier Mandate; Staatspartei 7900, 1 Mandat gegen 3 Mandate; NSDAP 101 090, 18 gegen 3 Mandate, Reichstagswahl 128 558; KPD-Opinion 1341 Stimmen, kein Mandat, bisher 1 Mandat; Christl. Soz. Volksfront 5505 Stimmen, ein Mandat; SAP 691, kein Mandat; Dt. Bürgerliche Mitte 2580, kein Mandat.

Die Leipziger Stadtverordnetenwahl hat nach einem mit äußerster Erbitterung geführten Wahlkampf für die Arbeiterschaft einen beachtlichen Erfolg gebracht. Die bei den letzten Stadtverordnetenwahlen (1929) verloren gegangene Arbeitermehrheit ist wieder da.

Die SAP hat 691 Stimmen erhalten und damit die Stimmenzahl von der Juliwahl zum Reichstag wieder erreicht, gemessen an der geringeren Stimmenbeteiligung, sogar überschritten. Das ist unter den obwaltenden Umständen durchaus zu begrüßen. Empfindlich ist die KP-Opinion geschlagen worden, die ihren einzigen Stadtverordneten eingebüßt hat und nur etwa ein Viertel der Stimmen vom Jahre 1929 erhielt.

Die Nazis haben vor der Wahl Raubzüge gegen die Arbeiterviertel im Leipziger Osten unternommen, sie mußten jedoch selbst einen Toten und mehrere Schwerverletzte beklagen. Die Leipziger Arbeiterschaft hat mit der erfolgreichen Abwehr begonnen, das Wichtigste bleibt noch aber zu tun!

In Dresden weitere Verluste der SPD und der Nazis

Dresden, 13. November.

WTB. In Dresden hatte die heutige Stadtverordnetenwahl folgendes Ergebnis:

SPD 103 883 Stimmen, 22 Mandate (29); Deutsche Volkspartei 1645 Stimmen 4 Mandate (12); Kommunisten 59 780, 13 Mandate (7); Deutsche Staatspartei 7749 Stimmen, 2 Mandate (5); Nationalsozialisten 105 207 Stimmen, 22 Mandate (4); Allgemeiner Hausbesitzerverein 11 910 Stimmen, 3 Mandate (3); Zentrum 5643 Stimmen, 1 Mandat (1); Volksrechtspartei 922 Stimmen, 0 Mandat (1); Christlich sozialer Volksdienst 4733 Stimmen, 1 Mandat (0); Handwerk, Gewerbe, Verkehr und sonstige Mittelstandsgruppen 6947 Stimmen, 1 Mandat (6); Handel und Gewerbe 2858 Stimmen, 1 Mandat (0); Ueberparteiliche Liste 1661 Stimmen, 1 Mandat (0); Deutsche Notgemeinschaft 564 Stimmen, 0 Mandat (0); Deutschnationale Volkspartei 20 396 Stimmen, 4 Mandate (7); die Wahlbeteiligung betrug 69 Prozent. Die SAP beteiligte sich in Dresden nicht mit eigener Liste.

Wenn man die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6. November auf die Verteilung der Stadtverordnetenmandate umlegen würde, ergäbe sich folgendes Bild: NSDAP 25 Sitze, SPD 23 Sitze, KPD 12 Sitze, Ztr. 2 Sitze, DNVP 7 Sitze, DVP 4 Sitze, Staatspartei 2 Sitze.

(Weitere Wahlergebnisse siehe Seite 2.)

Politische Lage und Aufgaben der SAP

Von Fritz Sternberg

Das Wahlergebnis hat keine größeren Überraschungen gebracht. Man wußte allgemein, daß die Nazis verlieren, die Deutschnationalen gewinnen werden, man wußte, daß die Sozialdemokraten verlieren und die Kommunisten gewinnen werden. Und doch ergeben sich aus der Zahlenanalyse einige bemerkenswerte Tendenzen über die Veränderung in der politischen Kräftekonstellation in der letzten Zeit. Im letzten Reichstag verfügten Zentrum und Nazis über die absolute Majorität. Es war ihnen so nicht nur möglich, Papen ein Mißtrauensvotum zu geben, sondern sie konnten von rein parlamentarischen Gesichtspunkten aus gegenüber Papen eine Regierung der Nazi-Zentrumskombi bilden. Diese Möglichkeit hat ihnen der Wahlausgang genommen. Zentrum und Nazis haben keine Majorität mehr im Reichstag.

Es prägt sich darin aber nicht nur eine Stimmenverschiebung aus, sondern mehr. Zu Beginn dieses Jahres hatten bereits gewisse Kreise der alten Reaktion, des Monopolkapitals wie der Junker, sich etwas damit abgefunden, daß sie, um die ökonomischen Machtpositionen zu erhalten, ihre politischen zu einem beträchtlichen Teil an die Hitlerbewegung abgeben müßten. Darin ist ein Wandel eingetreten. Die alten reaktionären Mächte haben fraglos einen gewissen Auftrieb erhalten; sie haben innerpolitisch von sich aus einen Teil dessen durchgeführt, was die Faschisten verlangten. Und bei der Durchführung dieses innerpolitischen Programms zeigte sich, besonders am 20. Juli, wie aktionsunfähig durch die falsche Politik der SPD und der KPD die deutsche Arbeiterklasse augenblicklich ist.

Wenn wir im Wahlkampf festzustellen hatten, daß Deutschnationalen und Nazis mit Stuhlweihern aufeinander losgingen, so soll dies für die Arbeiterklasse nicht nur ein Quell der Schadenfreude sein, wie es in den meisten „Vorwärts“-Kommentaren der Fall war, sondern die Arbeiterklasse muß einsehen, daß nichts deutlicher ihre Aktionsunfähigkeit demonstriert als der Tatbestand, daß nach vielen Jahren einer solchen Krise die einzelnen Flügel der Reaktion sich vor aller Öffentlichkeit gegenseitig bekämpfen können, weil es für sie selbstverständlich ist, daß die Arbeiterklasse nur Objekt der Geschichte, d. h. nicht aktionsfähig ist.

Gerade der 20. Juli hat die Herrschergelüste der alten Reaktion gesteigert, und nachdem sie jetzt in den alten rechtsbürgerlichen Parteien einen weiteren Aufstieg erhalten, Nazis und Zentrum an Stimmen verloren haben, ist es sicher, daß sie in nächster Zeit noch nicht daran denkt, dem Faschismus die volle Macht auszuliefern.

Die Nazis haben zwei Millionen Stimmen verloren. Wen haben die zwei Millionen gewöhnt, die dieses Mal der Nationalsozialistischen Partei weggingen?

Die Verluste der Nazis sind zum überwiegenden Teil den rechtsbürgerlichen Parteien zugeflossen. Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst usw. haben eine Zunahme von ungefähr 1,2 Millionen. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß die übrigen 800.000 Nazistimmen etwa nach links gewandert wären. Die Wahlbeteiligung ist dieses Mal, obwohl sie an sich noch ziemlich hoch war, doch um ca. 1,8 Millionen geringer gewesen als bei den letzten Wahlen. Und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die 800.000 Wähler, die dieses Mal nicht mehr die Nationalsozialistische Partei wählten, und nicht zu den rechtsbürgerlichen Parteien abschwanden, das Heer der Nichtwähler verstärkt haben. Es waren dies Wählermassen, die auf die Nationalsozialistische Partei gewisse Hoffnungen gesetzt hatten, Illusionen mit ihr verbunden, Wählermassen, die jetzt in die Inaktivität zurückversunken sind.

Welche Veränderungen haben sich im Arbeiterlager ergeben?

Betrachten wir die beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD zusammen, so hat sich ihr Stimmanteil beträchtlich erhöht. Im Juli hatten sie beide zusammen 35,9 Prozent der Stimmen, bei dieser Wahl 37,3 Prozent, d. h. die beiden großen Arbeiterparteien haben bei der letzten Wahl ungefähr denselben Stimmenanteil der Wähler wie bei der Reichstagswahl vom September 1930. Und während die Nazis bei den Juliwahlen noch um über eine halbe Million Stimmen stärker waren als die beiden Arbeiterparteien zusammen, haben dieses Mal

Sozialdemokraten und Kommunisten fast 1,5 Millionen Stimmen mehr als die Nazis.

Absolut ist die Stimmenzahl für Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen nur um einige Zehntausende zurückgegangen. Innerhalb der großen Arbeiterparteien aber ist eine beträchtliche Verschiebung eingetreten. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, der sich bereits bei den Juliwahlen zeigte, hat am 6. November weitere Fortschritte gemacht. Die Sozialdemokratie hat fast dreiviertel Millionen Stimmen verloren, Stimmen, die zum größten Teil den Kommunisten zugute gekommen sind. Das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Kommunisten ist für die Kommunisten das günstigste, seit die KPD besteht. Im Jahre 1924 war einmal das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten wie 100:66. Seitdem war es ständig ungünstiger für die Kommunisten geworden. Bei den Juliwahlen war bereits die Wende eingetreten, und bei den letzten Wahlen kamen bereits auf sechs Sozialdemokraten fünf kommunistische Stimmen.

Der kommunistische Erfolg — darauf werden wir noch ganz ausführlich zu sprechen kommen — ist angesichts der objektiven Lage durchaus nicht bedeutend. Die Anzahl der kommunistischen Stimmen bleibt hinter der Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um ca. 1 Million zurück. Hätte die KPD in diesen

„Mörder!“ rufen die schweizer Soldaten ihren Offizieren zu

Der 21stündige Generalstreik in Genf ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Gewerkschaften haben in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag den Generalstreik für beendet erklärt. Die Erregung und Empörung der Arbeitermassen hält in der ganzen Schweiz an. Am Sonntagabend kam es in Genf wieder zu stürmischen Massenkundgebungen gegen das auf dem Walliser-Kanton herbeigezogene Militär.

Zu einem erneuten Zwischenfall kam es in Genf am Sonnabend bei der Fahnenübergabe und der Ansprache des Kommandeurs an die neu mobilisierten Militärs. Ein Soldat rief dem Offizier Mörder zu. Eine große Anzahl schweizer Soldaten gaben ganz unvorgehoben ihre Sympathie mit den kühnenden Arbeitern kund und verbrüllten sich mit den vor dem Kasernenhof stehenden kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern. Eine Reihe von Soldaten wurde sofort verhaftet und dem Militärgericht übergeben. Dieser Vorfall wird von der bürgerlichen Presse planmäßig bagatelisiert, aber man kann doch die Angst der bürgerlichen Klasse heraushören, die sehr wohl die große

Gefahr, daß die Truppen nicht fest in ihrer Hand sein könnten, erkannt hat.

Der staatliche Machtapparat ist offensichtlich gewillt, dem blutigen Massaker in Genf eine brutale Justizsache gegen die Arbeiterklasse folgen zu lassen. Es sind Massenverhaftungen von Kommunisten und ein weiterer Haftbefehl gegen den sozialistischen Stadtrat Isaac erfolgt. Alle sollen mit dem verhafteten Nicole dem Bundesstrafrecht unterstellt werden.

Bombenanschlag gegen das Lausanner Rathaus

Am Sonntagabend wurde ein mit Molot geladener Sprengkörper am Eingang des Lausanner Rathauses zur Explosion gebracht. 5 Personen wurden leicht verletzt. Dies wurde zum Anlaß von weiteren Massenverhaftungen von Kommunisten genommen. Diese Tatsache zeigt wohl am besten, was der Zweck dieses offensichtlich von einem agent provocateur verübten Bombenanschlag war.

Kommunalwahlen im Saargebiet

KPD weit stärker als SPD

Saarbrücken, 14. November.

WTB. Bei den saarländischen Kreiswahlen sind die Nationalsozialisten seit der letzten Kreiswahl, wo sie 7 Sitze und zum größten Teil überhaupt keine Liste aufgestellt hatten, auf 23 Sitze angestiegen. Ebenso in die Augen fallend ist das Anwachsen der kommunistischen Sitze. Von 21 Sitzen bei der letzten Kreiswahl sind die Kommunisten heute auf 58 Sitze angestiegen. In einem gewissen Ausgleich dazu sind die Mandate der Sozialdemokratischen Partei von 46 bei den letzten Wahlen auf 29 gefallen und die der Deutsch-saarländischen Volkspartei (Vereinigte Volkspartei und Liberale) von 30 Sitzen auf 14 gesunken. So gut wie unverändert geblieben sind wie immer die Sitze des Zentrums. Während diese Partei bei den vorigen Gemeindevahlen 114 Sitze innehatte, verfügt sie heute über 115 Sitze. Von den in etwa 12 Orten aufgezählten Kandidaten der (separatistischen) Unabhängigen Bürger- und Bauernpartei sind im ganzen nur sieben Kandidaten in kleinen Gemeinden zum Ziele gelangt. Sie haben insgesamt noch nicht 1500 Stimmen erhalten, denen in diesen Gemeinden zirka 30.000 Stimmen der deutschen Parteien gegenüberstehen.

Bürgerschaftswahlen in Lübeck

3 Arbeitermandate weniger

Lübeck, 13. November.

WTB. Bei der Lübecker Bürgerschaftswahlen wurden nach dem amtlichen Wahlergebnis abgegeben: SPD 30.317 Stimmen (letzte Bürgerschaftswahl 1929: 33.278, letzte Reichstagswahl vom 6. 11. 32.036), Neuer Hanseatischer Volksbund 5010; DNVP 3791; Haus- und Grundbesitzer 4135; NSDAP 27.681 (6347, 31.613); KPD 9940 (5721, 9894); Ztr. 765 (886, 964); Staatsp. 1314 (2615, 1003).

Die 80 Mandate der Bürgerschaft verteilten sich wie folgt: SPD 29 (Bürgerschaftswahl 1929: 34); Neuer Hanseatischer Volksbund 5; DNVP 4; Haus- und Grundbesitzer 4 (zu den letzten drei Parteien Vergleichszahl 29); NSDAP 27 (6); KPD 9 (7); Ztr. 1 (1); Staatsp. 1 (2).

Die SAP erhielt 159 Stimmen.

Bullerjahr wird entlastet

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Leipzig, 12. November.

Der Prozeß Bullerjahr nähert sich immer mehr seinem Höhepunkt. Am Montag und den folgenden Tagen dürften durch die Vernehmung des Generaldirektors von Gontard noch allerhand Interna ihrer Aufklärung entgegengehen.

Die heutigen Verhandlungen boten ein für Bullerjahr durchaus günstiges Bild.

Der Zeuge Vorhang war mit Bullerjahr zusammen in einem Geselligkeitsverein. An jenem fraglichen 23. Dezember, da die Durchsuchung stattfand, ist Bullerjahr gegen 3 Uhr in das Lokal seines Vereins gekommen und auch für längere Zeit nicht abwesend gewesen. Mit dieser Bekundung ist

Bullerjahrs Alibi für diese fragliche Zeit außerordentlich erhärtet.

Diese Aussage wird unterstrichen durch die Angaben der Kriminalbeamten, welche den Leutnant Johst um diese Zeit kontrollierten. Johst ist bei Aschinger und anderen Berliner Cafés nur mit „Frauenspersonen“ gesehen worden.

Es folgen dann die weiteren Aussagen des Rechtsanwalts Dr. Meyer. Auch er, der Personalchef des Unternehmens, hatte oft Differenzen mit der Werkleitung, so daß oft gegen ihn gearbeitet wurde. Nicht alle Personalangelegenheiten Bullerjahrs seien durch seine Hände gegangen.

Seine Aussagen, wie überhaupt

dieser ganze Prozeß, charakterisieren treffend das in deutschen Großunternehmungen so übel verbreitete Denunziantentum sowie das System von Spitzelerei und gegenseitiger Beschnüfflung von sklavischen Angestellten-seelen.

Dr. Meyer schildert, wie man, um im Betrieb etwas sagen zu können, mit der Sekretärin des Herrn von Gontard, Fräulein Hitzgrath, sich „gut stehen“ mußte.

Sie besaß überragenden Einfluß,

hinter ihr stand noch eine größere Macht, der Herr von Gontard selbst.

In seinen weiteren Aussagen muß Dr. Meyer, wenn auch hier und da abweichend, so doch im großen und ganzen die Angaben Bullerjahrs bestätigen. Insbesondere was er über die Schrottschiebungs-Affäre sagte, war von wesentlicher Bedeutung. Dabei geraten auch allerlei dunkle geschäftliche Machenschaften ans Licht der Öffentlichkeit, Patent- und Schrottschiebungen, falsche Buchungen und dazu ein widerliches System der Spitzelerei, wahrlich, besser kann die „Saubereit“ des deutschen Privatkapitalismus nicht angeprangert werden. Immer mehr gewinnt man den Eindruck, auf die Anklagebank in diesem sogenannten Landesverratsprozeß gehören ganz andere, als dieser Oberlagerverwalter. Auf die Anklagebank gehört dieses System und seine Platzhalter! Wth.

Jahren der schwersten Krise, die das kapitalistische System betroffen hat, eine richtige Politik betrieben, so wäre die Sozialdemokratie nicht nur an der Peripherie erschüttert worden, sondern bis in ihre wirklichen Kaders hinein, und die kommunistische Partei hätte die Sozialdemokratie bereits bei weitem überflügeln müssen.

Bei der Analyse der kommunistischen Partei werden wir noch sehr ausführlich darauf zurückkommen, die Feststellung aber ist schon heute notwendig, weil die 7 Sitze der KPD aus dem Stimmenzuwachs die Richtigkeit der Taktik der KPD folgert. Das ist natürlich völlig verfehlt. Der Stimmenzuwachs ist eine Folge der objektiven Bedingungen, und er ist relativ so gering wegen der falschen Taktik.

Insgesamt ist bei dem Wahlgang noch dies wichtig, daß die Wahl bei den großen

Klassen keine beträchtlichen Veränderungen ergiebt hat. Die Mittelschichten sind lediglich von den Nazis zu den rechtsbürgerlichen Parteien gewandert, innerhalb der Arbeiterschaft hat sich eine Verschiebung von den Sozialdemokraten zu den Kommunisten ergeben. Aber die eigentlichen Klassenfronten sind stabil geblieben. Papens Feldzug gegen den „Marxismus“ war ebenso erfolglos wie seinerzeit der Hitlersche.

Die politische Perspektive ist für die nächste Zeit eine große Rechtskoalition, wobei es für die Arbeiterklasse verhältnismäßig unerheblich ist, in welchen Formen sie erfolgt. Wir gehen in unserem nächsten Aufsatz auf das Ergebnis der SAP bei den Wahlen ein und werden weiter die Aufgaben behandeln, die sich der SAZ aus unserer politischen Perspektive ergeben.

Wieder Arbeitermehrheit in Chemnitz

Chemnitz, 13. November.

WTB. Das Gesamtergebnis der Chemnitzer Stadtverordnetenwahl hat ergeben: SPD 50.670 (Reichstagswahl: 59.227 bzw. Stadtverordnetenwahl 1929: 59.994); Kommunisten 17.571 (47.695 bzw. 28.159); Chemnitzer Mittelstand (früher Wirtschaftspartei) 10.010 (31.01 bzw. 21.787); Deutschnationalen Volkspartei 11.559 (13.347 bzw. 20.266); Dt. Volkspartei 3081 (3626 bzw. 19.215); Nat.-Soz. 69.538 (29.766 bzw. 13.274); Staatspartei und Zentrum 3728 (3612 bzw. 7376); Volksrechtspartei und Inflationsgeschädigte 1886 (1193 bzw. 5842); Christl. Volksd. 2868 (3103 bzw. 4523); Volksbund für Deutschlands Erneuerung 97 (0 bzw. 0); Soz. Arb.-P. 341 (367 bzw. 0); KPD-Opposition 465 (0 bzw. 1468). Zahl der abgegebenen Stimmen: 207.820.

Nach dem Ergebnis der abgegebenen Stimmen erhalten: SPD 17 (früher 21 Sitze); KPD 14 (9); Chemnitzer Mittelstandspartei (früher Wirtschaftspartei) 3 (8); DNVP 4 (7); DVP 1 (6); NSDAP 20 (5); Staatsp. und Ztr. 1 (2); Volksrechtspartei und Inflationsgeschädigte 0 (1); Christl. Volksdienst 1 (1).

Die bisherige bürgerliche Mehrheit ist durch das Ergebnis der Wahl in eine Linksmehrheit umgewandelt.

SAP Plauen holt auf

WTB. In der Stadt Plauen wurde bei den Stadtverordnetenwahlen folgendes Ergebnis erzielt: Wirtschaftl. Vereinigung aller Berufe 6249 Stimmen, 7 gegen 10 Mandate; NSDAP 26.840 Stimmen, 27 gegen 12 Mandate; KPD 14.181 Stimmen, 15 gegen 9 Mandate; SPD 7617 Stimmen, 8 gegen 13 Mandate; SAP 825 Stimmen, kein Mandat (Reichstagswahl 610 Stimmen); Christl. Volksd. 791 Stimmen, 1 gegen 2 Mandate; Volksrechtsp. 682, kein Mandat, bisher 2 Mandate; Reichspartei des Mittelstandes 478 Stimmen, kein Mandat, bisher 2 Mandate; Volkswirtschaftl. Vereinigung 1332 Stimmen, 1 Mandat, bisher 2 Mandate; Unpolitische Wahlvereinigung 951 Stimmen, 1 Mandat, bisher 2 Mandate; Katholische Gemeinde 588 Stimmen, kein Mandat; Völkische Arbeitsgemeinschaft 187 Stimmen, kein Mandat.

SAP-Stimmengewinn in Zwickau

Zwickau, 13. November.

WTB. NSDAP 14.238 (20.456, 5712) 13 (7 Sitze); SPD 10.738 (12.765, 13.725) 10 (15 Sitze); KPD 7576 (8.222, 3376) 7 (4 Sitze); DNVP 3637 (3484, 3983) 3 (5 Sitze); Volksrechtspartei 179 (242, 699) 0 (0) SAP 555 (407, 0) 0 (0) Sitze; Bürgerliche Einheitsliste 3682 (2881, 13.586) 4 (16) Sitze; Christl. Soz. 749 (770, 0) 0 (0) Sitze.

Die erste Zahl in der Klammer ist die Reichstagswahl vom 6. November, die zweite von den Stadtverordnetenwahlen vom Jahre 1929. Die Zahlen in den Klammern bei den Mandaten bezieht sich auf die Stadtverordnetenwahlen von 1929.

Weitere Einzelergebnisse aus Sachsen

Bautzen, 13. November.

WTB. Es wurden gewählt: SPD 3944 Stimmen (8, bisher 12 Mandate); NSDAP 5446 (10, bisher 4); DNVP 2305 Stimmen (5, bisher 4); Staatspartei 664 Stimmen (1, bisher 3); KPD 2843 Stimmen (5, bisher 2); Freie bürgerliche Mitte 595 Stimmen (1, bisher 2); Mittelstandspartei 156 Stimmen (0, bisher 3); Christl. Soz. 631 Stimmen (1, bisher 0); Zentrum 912 Stimmen (2, bisher 1); Dt. Vpt. 1130 Stimmen (2, bisher 4).

Meißen, 13. November.

WTB. Es wurden gewählt: Soz. 16 (18), Bürgerliche 8 (16), Nat.-Soz. 9 (2), Komm. 4 (1). Wahlbeteiligung 78 Prozent.

Pirna, 13. November.

WTB. Es wurden gewählt: 7 SPD, 9 KPD, 3 DVP, 2 Berufsständische Mitte von Handel und Gewerbe, 1 DNVP, 1 Ver. Mitte, 2 Reichverband Dt. Kriegsoffer, 6 NSDAP, zusammen 31. Bisher: 10 SPD, 7 KPD, 3 DNVP, 4 Dt. Vpt., 4 Wirtschaftsp., 2 Demokraten, 2 Kriegsbeschädigte, 1 Nat.-Soz., zusammen 34.

WTB. Freital, 13. November.

Es wurden gewählt: SPD 15, KPD 11, Hausbesitz 1, DNVP 1, Bürgerliche Mitte 1, NSDAP 5; bisherige Zusammensetzung: SPD 21, KPD 4, Bürgerliche Mitte 12. Wahlbeteiligung 83 Prozent.

Glaucho, 13. November.

WTB. NSDAP 4308 (6. 11. 32: 7048, 1929: 1246) 9 Sitze (3 Sitze); SPD 4556 (4807, 5639) 8 (11); KPD 3024 (3562, 1529) 6 (3); Vereinigte Bürgerliche 1795 (—, 3432) 4 (7); Haus- und Grundbesitzer 1857 (—, 2276) 4 (5); Volksrechtspartei 255 (—, 479) — (1); SAP 68 (6. November 64) (—); Christlich sozialer Volksbund 689 (jetzt keinen, 1929 keinen Sitz).

Löbau, Bürgerliche Einheitsliste 4 Mandate, SPD 5, Beamte und Angestellte 3, Deutschnationalen 0, KPD 2, SAP 1 (318 Stimmen), Nationalsozialisten 8.

Radebeul bei Dresden, Nationalsozialisten 6 Mandate, SPD 6, KPD 3, Einheitsliste des Bürgertums 5, Deutschnationalen 2, SAP 1.

Merkt es Euch Freidenker!

Kirchenwahlen und Sozialismus

W—g. Einst hat ein Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, erklärt, daß sich Religion und Sozialismus wie Feuer und Wasser zueinander verhalten; einst schrieb Karl Marx das denkwürdige Wort von der Religion als dem Opium des Volkes.

In der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union finden nach vierjähriger Pause Neuwahlen zu den Kirchenkörperschaften statt. Unter den verschiedenen Kirchenparteien, die sich um die Gunst der Gläubigen bemühen, erregen die Listen der „Religiösen Sozialisten“ und der „Deutschen Christen“ besondere Aufmerksamkeit.

Die Deutschen Christen sind die Vertreter des Nationalsozialismus, ihr Reichswahlleiter ist von der Nazi-Partei ernannt worden, ihre Anschläge sind in sinniger Weise mit Kreuz und Hakenkreuz verziert.

Die Beteiligung der Nationalsozialisten an den Kirchenwahlen erscheint in keiner Weise verwunderlich. Die Faschisten stehen auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ihre Ideologie ist kleinbürgerlich reaktionär. Für eine derartige Bewegung ist die Beteiligung an den Wahlen innerhalb der Kirche selbstverständlich; lebt doch und stirbt das Bürgertum und sein Hausknecht, der Faschismus, mit der Kirche. Neben diesen bürgerlichen Ideologen erscheinen die Religiösen Sozialisten. Das ist nicht mehr allein eine kleine Gruppe verschwommener, unklarer und unwissend sozial empfindender Seelsorger, das ist eine Gruppe, hinter die sich mit aller Kraft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt, der die Splitter der sozialdemokratischen Presse geöffnet sind, die als vollwertiges Glied der sozialdemokratischen Bewegung anerkannt wird.

Im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie schreibt ein Pastor

zu dem Thema „Kirchenwahlen und Sozialismus“. Es scheint sich allerhand seit den Zeiten August Bebels und Karl Marxens geändert zu haben — ein Pastor darf im „Vorwärts“ schreiben und offen die Genossen der SPD zur Beteiligung an den Kirchenwahlen auffordern. Er darf es wagen, die Behauptung aufzustellen, daß die Kirche „ihrem Wesen nach“ gar nicht reaktionär, sondern revolutionär sei, er zeigt alle die, welche eine Beteiligung an den Evangelischen Kirchenwahlen ablehnen, des Verrats „an sozialistischen und demokratischen Idealen“, er versucht seinen Parteigenossen einzureden, daß sie durch ihre Wahlbeteiligung „diese Kirche aus den Fesseln befreien, in die sie Fanatismus und berechnende Willkür geschmiedet haben“. Pathetisch schließt dieser Artikel: „Zeigt euch einmal in diesem Sinne „kirchlich interessiert“, ihr, die ihr bewußte Sozialdemokraten und zugleich evangelische Christen seid, die auf ihr Christentum etwas halten.“

Der Marxismus ist die Anwendung des Materialismus auf Geschichte und Gesellschaft. Es ist das große Verdienst Karl Marxens und Friedrich Engels aufgezeigt zu haben, daß der Materialismus Feuerbachs nicht gedacht wurde zur Vernichtung der Kirche, sondern zu ihrem Umbau. Aus der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Analyse hat der Marxismus erkannt, daß die Kirchen ein Wesensbestandteil der Klassengesellschaft sind, daß sie die Werkzeuge der Unterdrückung in den Händen der Herrschenden darstellen.

So sind Religion und Sozialismus Gegensätze wie Feuer und Wasser.

In wie hohem Maße die deutsche Sozialdemokratie sich von den Grundsätzen des Marxismus abgewandt hat, zeigt sich in dieser ihrer Stellung zur Beteiligung an den Kirchenwahlen. Es kommt einer Verschleierung der wirklichen Tatsachen gleich, den Proleten einzureden, daß die Kirche zu einem Instrument in der Hand des Proletariats werden könne. Solange die Klassenherrschaft des Bürgertums andauert, wird die Kirche niemals ein Machtinstrument des Proletariats sein können. Von der Kirche gilt das Gleiche wie vom bürgerlichen Staat; beide müssen zertrümmert werden, damit das Proletariat seine Macht aufrichten kann.

Der „Bund religiöser Sozialisten“ hat die Sozialdemokratie nur darum für seine Zwecke mißbrauchen können, weil er seiner ganzen Einstellung nach ein Glied des Reformismus ist, weil er das Hineinwachsen in die Kirche wie die anderen das Hineinwachsen in den Staat predigt.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zu den Kirchenwahlen in Preußen ist ein Verstoß gegen den alten marxistischen Grundsatz, daß die Religion Privatsache sei, Privatsache nämlich in dem Sinne, daß Staat und Kirche nichts miteinander zu tun haben sollen. Der Arbeiterbewegung gegenüber ist die Religion jedoch nicht Privatsache; es gibt keinen „religiösen Sozialismus“, der als vollwertiger Marxismus bezeichnet werden kann.

Die ganze Unsinnigkeit und Verderblichkeit dieses sozialdemokratischen Feldzuges für die Beteiligung an den Kirchenwahlen offenbart sich in der Behauptung, daß durch den Einsatz der sozialdemokratischen Wähler die Kirche „in ein positives Verhältnis zur sozialistischen Bewegung“ gebracht werden könne.

„Sozialismus und Christentum Hand in Hand“, das ist das Kennwort, unter dem die

sozialdemokratische Partei den Klassenkampf, so wie sie ihn versteht, führt. Das Ziel der Sozialdemokratie ist: Feuer und Wasser sollen sich vereinigen.

Seit Jahren ist der große „Deutsche Freidenkerverband“ in allen entscheidenden politischen Fragen mit der Sozialdemokratie gegangen. Immer wieder ist die ihm gebotene Uebereinstimmung zugunsten der Sozialdemokratie verletzt worden. Stets hat sich die Führung des Freidenkerverbandes damit zu entschuldigen versucht, daß sie erklärte, daß allein die Sozialdemokratische Partei imstande sei, die Interessen der Freidenker zu vertreten.

Das Bündnis der Sozialdemokratischen Partei mit den „religiösen Sozialisten“ bei den Kirchenwahlen ist ein Verrat an der Freidenkerbewegung, ist ein Dolchstoß in den Rücken des von

der vereinigten Reaktion schwer bedrängten Freidenkerverbandes. Es steht zu hoffen, daß der Deutsche Freidenkerverband aus diesen bitteren Erfahrungen mit der Sozialdemokratie endgültig seine Folgerungen zieht, daß er sich frei macht von allen Bindungen, daß er endlich wieder eine Organisation der Klasse allein in ihrem Interesse werde.

Die ersten Ergebnisse der preussischen Kirchenwahlen.

Aus 37 Groß-Berliner Gemeinden liegen bereits Ergebnisse vor. Danach haben die Nationalsozialisten 786, die kirchlich Unpolitischen 777, die Positiven 634, die Liberalen 121, die Religiösen Sozialisten 9 Sitze erlangt.

Doppelter Freispruch

Das Ende des Breslauer Mordprozesses

Der Breslauer Mordprozeß gegen die Eheleute S. hat ein sehr schnelles Ende gefunden. Wir erwähnten, war durch den Widerruf des ursprünglichen Geständnisses der Ehefrau S. der Mord in ein rätselhaftes Dunkel gehüllt worden, in das auch die keineswegs lückenlosen Indizien nicht Licht bringen konnten. Dem glaubwürdigen Geständnis der Ehefrau S. stand nicht nur ihr eigener Widerruf, sondern auch das Gutachten des medizinischen Sachverständigen gegenüber, nach dem neben sechs Verletzungen, die von den Hammerschlägen herrührten, eine einzige Verletzung am Schädeldach des Ermordeten festzustellen war, die aber nur durch einen spitzen Gegenstand hervorgerufen sein kann. Für die Täterschaft des Ehemannes S. und des Sohnes des Ermordeten sprachen andererseits nichts mehr als Verdachtsgründe.

Der Vorsitzende des Gerichts, der vor einer ungeheuer schwierigen Aufgabe stand, nahm also die drei in Frage kommenden Täter noch einmal in ein scharfes Kreuzverhör. Klarheit ergab dieses nicht. Die Aussagen waren in sich selbst zu widerspruchsvoll, als

daß sie zu einer Verurteilung ausgereicht hätten. Der medizinische Sachverständige ließ schließlich für die Ehefrau S. die Möglichkeit des § 51 offen, weil sie zur Zeit des Mordes tatsächlich durch den Genuß von Brennspiritus unzurechnungsfähig gewesen sein kann. Die Verschiedenartigkeit der Verletzungen kann auch für die Mitwirkung noch anderer Täter sprechen. Nachdem beide Verdächtige Freispruch gefordert hatten, entschied daher das Gericht trotz des Staatsanwaltsantrags auf 5 Jahre Zuchthaus für die Ehefrau S. in dubio pro reo (im Zweifelsfalle für den Angeklagten). Die Eheleute S. wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Eine Aufklärung der furchtbaren Mordtat an dem Rentner A. l. d. e. hat also der Prozeß nicht gebracht. Aber er hat doch den Schleier von einem Milieu weggezogen, in dessen Fuseluft viele noch ihr Leben hinbringen. Die Menschlichkeit des Urteils sollte jedem und gerade den Angeklagten die furchtbare Wirkung des Alkoholgenußes und die Rolle, die dieses Gift noch heute im gesellschaftlichen Leben spielt, verdeutlichen.

E. K.

Alles was Böses geschieht — geht auf Konto KPD

Wolff meldet: „Sonntag früh gegen 3 Uhr wurde auf der Paulstraße Ecke Gertrudenstraße der Polizeihauptwachmeister Herrmann, der sich auf dem Nachhausewege befand, von etwa 20 Personen, die wie die Polizei meldet, anscheinend der KPD angehören, zu Boden geschlagen. Als der Polizeibeamte sich zur Wehr setzte, wurde ihm das Seitengewehr entzissen. Die Täter konnten nicht festgestellt werden. Der Beamte wurde mit einem Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht.“

Bequem machen sie es sich, daß muß man ihnen lassen. Es waren einfach KPD-Leute — bewiesener- oder nicht bewiesenermaßen.

Schußwaffengesetz und Nazis

Nur eine Woche Gefängnis

Vom Sondergericht Glogau wurden am Sonnabend der Landwirt Hans Burghardt von Diebitsch und der Maurer Walter Aulich aus Malmitz, Kreis Sprottau Mitglieder der NSDAP wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und Kriegsgerätesgesetz zu einem Monat bzw. einer Woche Gefängnis verurteilt. Die beschlagnahmten Waffen wurden eingezogen.

Auf dem Grundstück des Vaters des Angeklagten Aulich wurde am 9. September ein umfangreiches Waffenlager aufgedeckt. Gefunden wurden 12 Gewehre, Modell 98, und 3277 Schuß Munition, ferner bei dem Angeklagten von Diebitsch ein Gewehr. Ueber den Erwerb der Waffen verweigerte von Diebitsch die Aussage, ließ aber durchblicken, daß er sie von einem jetzt politischen Gegner übernommen habe. Die Uebnahme sei deshalb erfolgt, weil der andere Verrat fürchtete. Der Angeklagte Aulich gab an, daß er bei dem Transport der Waffen und Munition vom früheren Aufbewahrungsort zu seiner elterlichen Wohnung behilflich gewesen sei. Die Waffen seien zur Hälfte nicht mehr gebrauchsfähig gewesen. Der Anklagevertreter hatte gegen von Diebitsch sechs Monate und gegen Aulich einen Monat Gefängnis beantragt.

Ja ja! Die Nazis, die haben es vor den Gerichten gut!

Ein „ehrenwerter“ Bürger verhaftet

In Rudelstadt wurde der dort sehr bekannte Schneidermeister St., der in der Gemeinde eine Anzahl Ehrenämter bekleidet, unter dem Verdacht, sich an fünf bis sechs Schulmädchen sitzlich schwer gegangen zu haben, verhaftet.

Mitglieder des Konsum - Verein Vorwärts

„Wie kann der Zusammenbruch des Konsumvereins „Vorwärts“ verhindert werden? — Sollen die Kleingläubiger dem Vergleichsvorschlag zustimmen?“

Versammlung aller Kleingläubiger des Konsumvereins „Vorwärts“ am

Mittwoch, den 16. November, 10 Uhr vormittags, im Zentralhallenamt, Westendstraße.

Eintritt nur unter Vorweisung des Mitgliedsausweises.

- Eckstein, Mitglied des Gläubigerausschusses.
- Braunert, Mitglied des Genossenschaftsrates.

auf jeden überzeugten klassenbewußten Arbeiter wirken.

Wer von diesem Film einen anderen Eindruck mitgenommen hat, der steckt noch bis über die Ohren im bürgerlichen Denken und Fühlen und ist von der bürgerlichen Ideologie, obwohl er es vielleicht gar nicht weiß, vollständig beeinflusst.

Wir werden in Zukunft nach der Filmvorführung eine kurze Aussprache über die Tendenz des Filmes stattfinden lassen, so daß auch die dickste nationale, militärische und kapitalistische Tendenz eines Filmes in unseren Arbeitslosen-Versammlungen dem Klassenkampf nicht Schanden, sondern Vorteil bringt. Im übrigen machen wir die weiteren Vorführungen von Filmen davon abhängig, daß die Arbeitslosen sie wünschen oder nicht.

Die Ortsverwaltung des DMV, Verwaltungsstelle Breslau.

Wir veröffentlichen die ungekürzte Erwidern der Ortsverwaltung um so bereitwilliger, als dadurch das wichtigste Problem: Kino und Arbeiterklasse, auch einmal von dieser Seite zur öffentlichen Diskussion gestellt wird. Wir möchten als Redaktion nur bemerken, daß es sich erstens um die Veröffentlichung einer Einsendung von Arbeitslosen handelt, und zweitens, daß wir uns nicht gegen Filmvorführungen für Arbeitslose überhaupt gewandt haben, sondern im Gegenteil das an sich ausdrücklich begrüßten. Wenn das nun ein erster Versuch gewesen sein soll, und die Ortsverwaltung sich bemühen will, in Zukunft passendere Filme auszusuchen und — was sehr wichtig ist — in der Arbeitslosenversammlung eine Besprechung der Tendenz des Filmes vom Standpunkt des Klassenkampfes durchzuführen, so hat unsere öffentliche Kritik nur nützlich gewirkt. Wir glauben aber, daß es ein grundfalscher Standpunkt der Ortsverwaltung ist, wenn sie glaubt, daß sich „einzelne Besucher Mühe geben, Unmut zu erzeugen“. So wird keine Klärung herbeigeführt. Im übrigen sollte aber die OV hier bestimmte Kosten nicht scheuen und wirklich gute proletarische Filme, von denen es genügend gibt, vorführen lassen.

Zwei Dampfpflüge zusammengefahren Ein Führer getötet

Trebnitz. Zwei Dampfpflüge der Zuckerfabrik Schoeller in Schottwitz führen von Hochkirch nach Breslau. Auf dem abschüssigen Wege zwischen Wiese und Schöner Elguth sprang bei der zweiten Maschine die Kuppelung heraus. Die Maschine konnte nicht mehr abgebrems werden und fuhr mit großer Geschwindigkeit in die vorausfahrende Maschine hinein. Durch den Anprall wurde der Führer derselben herausgeschleudert. Dann fuhr der bremslos gewordene Dampfpflug an dem gerammten Pflug vorbei, streift ihn nochmals, so daß auch der Heizer auf die Straße geschleudert wurde und raste dann über die hohe Straßenschüssel hinweg in einen Graben. Der herausgeschleuderte Führer wurde von dem angehängten Wasservagen erfaßt, der ihm über den Kopf ging und ihn vollständig zermalmete. Der Heizer kam mit leichteren Verletzungen davon, mußte aber auch ins Trebnitzer Krankenhaus geschafft werden. Der Getötete war verheiratet und Vater von vier Kindern.

Ins Motorrad gelaufen

Jetzt erst erfahren wir: Am Freitag gegen 19 Uhr ereignete sich auf der Frankfurter Straße, vor dem Grundstück 115/117, ein tödlicher Verkehrsunfall. Die 30jährige Ehefrau Sieber, wohnhaft Frankfurter Straße, war im Begriff, den Fahrdamm der Frankfurter Straße vor dem oben genannten Grundstück mit ihrem dreijährigen Söhnchen Herbert zu überschreiten. Dabei bemerkte sie einen Straßenbahnzug, der aus Richtung Stadtmitte kam. Aus diesem Grunde blieb sie auf dem ersten Schienepaar stehen, um den Zug vorbeifahren zu lassen. Inzwischen war das Kind wieder auf die Ausgangsstelle zurückgelaufen. Als die Frau dies merkte, lief sie dem Kinde nach. In diesem Augenblick kam aus Richtung Flughafen der Bauschler U., wohnhaft Friedrich-Wilhelm-Straße, mit seinem Motorrad, in das die Frau hineinfuhr. Sie stürzte zu Boden und der Motorradfahrer mit seinem Sozius stürzten über die Frau hinweg. Die Fußgängerin blieb besinnungslos liegen und wurde von dem Unfallwagen in das Allerheiligen-Krankenhaus geschafft. Auf dem Transport dorthin trat bereits der Tod ein.

DMV- Arbeitslosen-Versammlung

Die DMV-Ortsverwaltung Breslau schreibt uns:

Zu der Kritik über die Versammlung der arbeitslosen Metallarbeiter bitten wir folgende Erwidern in der „SAZ“ zu veröffentlichen.

Wir sind auf die Filme angewiesen, die in den laufenden Programmen der Kinos gezeigt werden. Es wäre der Kosten wegen ganz unmöglich, besondere Filme zu bestellen und vorzuführen, ganz abgesehen davon, daß es leider Filme mit sozialistischer proletarischer Tendenz nur ganz wenige gibt. Die Anregung, eine Arbeitslosenversammlung mit Filmvorführungen im Gewerkschaftshaus abzuhalten, ging von arbeitslosen Mitgliedern aus. Dank dem Entgegenkommen der Leitung des Gewerkschaftshauses wurde es der Ortsverwaltung möglich gemacht, den Arbeitslosen eine Filmvorführung gratis zu bieten. Es war ein Versuch. Wir werden weitere folgen lassen, trotz der schärfsten Verurteilung durch die „SAZ“-Redaktion, weil wir nicht den Eindruck wie der Artikelschreiber in der „SAZ“ gewonnen haben, daß die Mehrzahl der Besucher über diesen Film „ihren Unmut sehr lebhaft zum Ausdruck brachten“. Einzelne Besucher gaben sich die größte Mühe, Unmut zu erzeugen, fanden aber bei der großen Masse der Besucher keinerlei Gegenliebe.

Der Film ist gewiß aus der kapitalistischen Welt und dient nicht sozialistischer Propaganda und proletarischen Interessen. Aber für den klassenbewußten Arbeiter zeigt er einen kleinen Ausschnitt von den Scheußlichkeiten, Unmenschlichkeiten und Intrigen, die im nationalen Kapitalismus möglich sind. Während die Soldaten im Feuer und Dreck im Felde elend umkommen, amüsieren sich die Offiziere des Generalstabes und andere Nutznießer des Kapitalismus bei Tanz und Sekt mit galanten Frauen. Verrat und Falschheit und die ganze moralische Fäulnis des kapitalistischen Systems werden im Gegensatz zu der verlogenen Kriegsideologie der kapitalistischen Nutznießer des Krieges ungewollt aufgezeigt.

Der Film „Unter falscher Flagge“ zeigt ein Stück der Wirklichkeit des Krieges und der Menschen, die der Kapitalismus für seine Zwecke abrichtet und hervorbringt. Mit diesen Menschen müssen die Arbeiter einst den letzten Entscheidungskampf um ihre Befreiung führen. Diese Menschen in ihrer Falschheit, in ihrer Brutalität, in ihrer Disziplin, in ihrer Liebe und in ihrem Haß kennen zu lernen, kann für den Proletarier nur von Nutzen sein. Mit denselben Methoden, mit denen sie dem äußeren Feind entgegengetreten, werden sie einst auch den inneren Feind, die sozialistische Arbeiterschaft, behandeln, vielleicht noch roher und noch heimtückischer — der faschistische Terror von heute beweist dies. — So mußte dieser Film normalerweise

Die SAP in Ostpreußen

(Eigener Bericht der SAZ)

Königsberg, 12. November.

Nach dem nunmehr amtlich herausgegebenen Wahlergebnis für Ostpreußen hat die SAP in Ostpreußen 618 Stimmen erhalten. In den Königsberger Stimmbezirken erhielt die Sozialistische Arbeiterpartei 74 Stimmen, während sie im Regierungsbezirk Königsberg 235 Stimmen auf ihre Liste vereinigen konnte. Der Allensteiner Regierungsbezirk, wozu bekanntlich die Altstadt, Stadt und Land, auch Rüssel, Johannsburg, Ostzen, Lück, Neidenburg, Ortelsburg, Osterode und Sensburg gehören, brachte der SAP 141 Stimmen. Der Regierungsbezirk Gumbinnen mit den Ortschaften Angerburg, Dörkheim, Goldap, Gumbinnen, Insterburg Stadt und Land, Oletzko, Niederung, Pulkallen, Stallupönen und Tilsit Stadt, sowie Tilsit-Ragnit ergab 151 Stimmen. Der Regierungsbezirk Westpreußen mit den Ortschaften Stuhm, Rosenberg, Marienburg, Marienwerder und Elbing Stadt und Land brachte als Wahlergebnis der Sozialistischen Arbeiterpartei 88 Stimmen. Somit ist ein Fortschritt der SAP in Ostpreußen, das ja bekanntlich als eine Hochburg der Nazis verschrien ist, zu verzeichnen. Aufgabe der ostpreussischen Bezirksleitung der SAP sowie der Reichsleitung der Partei muß es nunmehr sein, in verstärkter Maße in Ostpreußen aufklärende Propaganda zu betreiben und damit wenigstens einen großen Teil der ostpreussischen Wähler der SAP als ständige Mitglieder zu gewinnen. Dann kann Ostpreußens SAP getrost kommenden Kämpfen entgegensehen.

Steigende Arbeitslosigkeit in Ostpreußen

(Eigene Meldung der SAZ)

Königsberg, 12. November.

Nach den neuesten Mitteilungen des Ostpreussischen Landesamtes stieg die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 16. bis 31. Oktober d. J. um 7300 auf 82.800. Sie ist damit um 5300 oder 6,8 v. H. höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders stark war die Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Arbeitsämtern in Bischofsburg, wo 1700 Neueingänge zu verzeichnen waren, während Elbing und Allenstein je 1300 neue Arbeitslose meldeten.

Erwerbslose Jugend in Sachsen

Durch Sondererhebungen über die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen wurden im Freistaat Sachsen Ende Juli 1932 196.332 jugendliche Arbeitslose, darunter 64.788 weibliche bis zu 25 Jahren festgestellt. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen bis zu 21 Jahren betrug 88.554. Der Anteil der männlichen Jugendlichen an der Gesamtzahl der männlichen Arbeitslosen betrug 26,5% und der der weiblichen Jugendlichen 33,6%.

Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie gerade die Jugend unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Jeder 4. männliche Arbeitslose und jede 3. weibliche haben noch nicht das 25. Lebensjahr erreicht. Noch deutlicher aber würde das Elend der Jugend in Erscheinung treten, wenn die Erhebung auch darüber angestellt worden wäre, wie viele oder richtiger wie wenige von diesen 196.332 jugendlichen Unterstützung beziehen. Der „freiwillige“ Arbeitsdienst soll der Jugend nun helfen. Kann der kapitalistische Staat den jugendlichen keine Arbeit mehr geben, so hat er doch immer noch Verwendung als Lohndrucker und Zwangsarbeiter für sie. Daß man auf diesem Wege so nebenbei noch das Kannonenfutter für den nächsten Krieg erziehen kann, ist ein anderer Vorteil. Wie lange aber wird sich die proletarische Jugend dies alles noch gefallen lassen?

Staat New York verhöhnt die Erwerbslosen

Die Amerikanische Bourgeoisie hat noch keinen Pfennig für die durch die Unfähigkeit des Systems brotlos gemachten Millionen und Abermillionen Arbeitsloser übrig gehabt. Ständig steigt die Beunruhigung der Öffentlichkeit der Finanzmagnaten angesichts der leisen Forderungen der mit dem Hunger kämpfenden Massen. Unter diesen Umständen hat der Staat New York ein Mittel entdeckt die doch „ganz unbegründete“ Unruhe der Erwerbslosen in beschauliche bürgerliche Ruhe zu verwandeln.

Es ist doch allgemein bekannt, daß gerade das Angeln eine ausgesprochene Nerven beruhigende Beschäftigung ist. Also wird großmütig allen New Yorker Arbeitslosen eine kostenlose Angelkarte gewährt. Außerdem, so argumentieren wahrscheinlich die Gewaltigen im Staate New York, werden die Nahrungssorgen der Arbeitslosen durch unzählige Fischgerichte beseitigt werden.

Als die französischen Bauern hungerten — so erzählt uns die Geschichte — fragte Marie Antoniette, warum das Volk nicht, wenn es kein Brot habe, Kuchen esse. Der gleiche noch viel ungläublichere Hohn einer herrschenden Klasse der Not der Unterdrückten gegenüber kommt in der Verteilung von Angelkarten an New Yorks Erwerbslose als Broterbst zum Ausdruck. Das Ende jener französischen Königin sollte die amerikanische Bourgeoisie warnen.

Prügelheld als DMV-Bevollmächtigter

In der Mitgliederversammlung des DMV München am Freitag, den 4. November 1932, im Lehrsaal des Colosseums gab der DMV-Bevollmächtigte Glade einen Bericht über den DMV-Streit. Er sprach geschlossene 2½ Stunden. Eine bekannte Methode, um der folgenden Aussprache wenig Zeit zu lassen. Schon während des Berichts kam es zu einem Zwischenfall mit einem jungen kommunistischen Kollegen. Vor Jahren hatte Kollege Glade mit dem Kollegen L. einen persönlichen Streit. Glade bezeichnete nun den Kollegen L. in der Versammlung als einen „Lump“. Als sich der Kollege L. in der Aussprache rechtfertigen wollte und auf dem Rednerpodium stehend, kam drei Sätze gesprochen hatte, schlug Glade den völlig unvorbereiteten L. mit einigen Faustschlägen vom Rednerpult herunter. Die Versammlungsteilnehmer gerieten in helle Empörung. Sie sprangen auf und bildeten zwei Parteien, die eine zur Verteidigung, die andere zur Verurteilung dieser Gemeinheit. Einige Kollegen rissen das Abzeichen der Eisernen Front, das auch Glade trägt, von der Brust und zerstampften es mit den Füßen. Andere Kollegen erklärten in ihrer Empörung, daß sie an einer solchen Organisation kein Interesse mehr hätten. Das Durcheinander dauerte eine halbe Stunde. Die Versammlung wurde weitergeführt, scheiterte an der Auf-

regung der Mitglieder. Mit Pfurufen wurde die Glocke des Versammlungsleiters überholt. Zum Schlußwort kam Glade nicht mehr. Dieser Vorfall ist für eine freigewerkschaftliche Organisation untragbar. Jeder Kollege, der einen Streit mit einem anderen hat, ist durch das Verbandsstatut verpflichtet, den Streit vor einem Verbandschiedsgericht auszutragen. Das Schiedsgericht kann bis zur Strafe des Ausschlusses aus der Organisation kommen. Jeder Kollege ist verpflichtet, diesen Weg bei Streitigkeiten einzuhalten. Der erste Geschäftsführer des DMV München, der Führer von 8000 Metallarbeitern, fühlt sich nicht an sein Verbandsstatut gebunden, sondern verliert in faschistischer Weise Lyndiusiz. Wir können und wollen nicht unterscheiden, wer von den beiden sächlich im Recht war, aber — wer in einer schwierigen Situation keine Beherrschung besitzt, wer eine Erwiderung nicht anhören kann, wer Verbandsstatuten mit Füßen tritt, hat nicht die Qualifikation zum Führer eines freigewerkschaftlichen Verbandes.

Kollegen, es ist falsch, euer Verbandsbuch hinzuwerfen. Wir haben uns die Organisation zum Schutz unserer Interessen mühsam aufgebaut. Laßt euch den DMV von Leuten des Schlages wie Glade nicht zerstören. Gebt dem DMV München eine Führung, die alle freigewerkschaftliche und sozialistische Grundsätze hochhält.

Fotoschau der „Naturfreunde“

Der Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ veranstaltet in Berlin eine Fotoausstellung. Der anwesende Genosse machte darauf aufmerksam, daß man bis vor kurzem nur Landschaftsaufnahmen gemacht habe; daß sich aber auch in letzter Zeit Bestrebungen geltend gemacht hätten, soziale Motive zu fotografieren. So ist es denn nicht weiter verwunderlich, daß man in dieser kleinen Fotoschau in überwiegender Zahl Landschaftsaufnahmen sieht. Sie sind sehr schön, aber sie werden die meisten Proleten kalt lassen, da es nur den allerwenigsten von ihnen möglich sein wird, weite Reisen zu machen und diese Schönheiten zu schauen.

Solche Bilder aus dem Schwarzwald, aus den Alpen und wo sonst noch her sollte man im Jahre 1932 den Arbeitern nur zeigen im Gegensatz zu ihren Wohnlöchern, um sie, die Schaffenden aufzurütteln, daß sie sich auch die Natur zu erkämpfen haben; daß auch auf diesem Gebiete das Privileg der Ausbeuter und Nichtstuer zu brechen ist.

Bei der Darstellung sozialer Motive versagt diese Ausstellung fast vollkommen. Dieses Versagen wiegt umso schwerer, als ungefähr 300 Bilder zur Auswahl standen und nur annähernd 75 gehängt wurden. Zum Teil werden die sozialen Motive glattweg verniedlicht; so ist z. B. ein Drehorgelspieler in einem „malerschen Hofwinkel“ zu sehen. Das Ganze ist dann noch weich, auf „künstlerische“ Wirkung abgestimmt.

Die Ausgestaltung des Themas: „Wirtschaftskrise“ stammt beinahe vom kleinen

Moritz. Zu diesem Thema wäre doch wirklich sehr viel zu sagen.

Dagegen sind folgende Bilder als gelungen zu betrachten. Fotomontage: „Haben wir Sorgen.“ Diese Montage zeigt einen Arbeitslosen, der seine Stempelkarte und einige Groschen in der Hand hält; im Hintergrund sind zwei Zeitungsausschnitte zu sehen, der eine enthält eine Ankündigung, daß die Arbeitslosenzahl wieder im Ansteigen begriffen ist und der andere Ausschnitt enthält die Brachtsche Verordnung. Ferner „Wintersport der Arbeitslosen“ zeigt Wohlfahrtsarbeiter im Schneeschlamm stehend denselben wegschaulend. In der Serie: „Das Geld liegt auf der Straße“ ein Fahrscheinensammler (im Berliner Volksmund „Schmetterlingsammler“ genannt) bückt sich nach einem noch nicht abgefahrenen Fahrschein.

Die zwei Bildserien: „Sonntage am Heidesee...“ und am Wannsee“ sind als Ansatz zu einer gut gewählten Gegenüberstellung zu betrachten. Festgestellt muß werden, daß fast alle Aufnahmen technisch einwandfrei waren.

Also Fotografen der „Naturfreunde“, stellt Euch um und werdet soziale Reporter, das ist im gegenwärtigen Stadium wichtiger, als die Herstellung irgendwelcher Erinnerungsbildchen. Heran mit der Kamera als Objekt, so dicht wie möglich; weg mit der Romantik, es gilt die Zusammenhänge aufzudecken. Die Kamera muß als Waffe im Klassenkampf betrachtet werden.

Die Flucht aus der Machtposition

Bodstedt (Vorpomm.), 11. November

Der Gemeindevorsteher Peters, welcher der SPD angehört, aus der Gemeinde Bodstedt im Kreise Franzburg-Bargh in Vorpommern, hat sein Amt niedergelegt, da er es mit seiner Weltanschauung nicht mehr vereinbaren kann, noch länger Vollstrecker der letzten Notverordnungen zu sein, die besonders in steuerlicher Hinsicht den kleinen Mann treffen. Bis zur Wahl des Nachfolgers will Peters die Geschäfte verwalten. Die Neuausschreibung ist aber bereits erfolgt. — U. E. Ist der Genosse Peters nicht ganz konsequent in seiner Handlungsweise. Er scheint nicht daran zu denken, daß seine Partei in Preußen die Notverordnungs politik doch auch eingeführt und auch durchgeführt hat. Er braucht doch nur an seine Minfstergenossen Braun und Severing zu denken. Seine Weltanschauung hätte ihn schon längst veranlassen müssen, nicht nur die Durchführung der Notverordnungen von Papen-Bracht, sondern auch die von Braun-Severing abzulehnen und gleichzeitig der Sozialdemokratie, die für diese Notverordnungs politik die volle Mitverantwortung trägt, den Rücken zu kehren. Sein Platz hätte schon längst in der SAP sein müssen, weil sie nach sozialistisch-marxistischer Erkenntnis handelt. Wer die Notverordnungs politik konsequent ablehnt, muß sich in die revolutionäre SAP einreihen. —ld.

So etwas nennt sich Jugendertüchtigung

Der Kyffhäuserbund, dessen Führung immer soviet Gerede über Ordnung, Sauberkeit und ähnlichen angeblich nur militärischen Tugenden macht, hat seit einigen Wochen ein Arbeitsdienstlager in Michelau, Kreis Brieg aufgemacht. Die FAD-Freiwilligen des Lagers, zum größten Teil kaum ausgewählte Angestellte, haben die Uferböschungen der Neiße zu verbessern. Ihre Unterkunft ist der Tanz-

saal eines Gasthauses. Neben einem Essen, das sehr zu wünschen übrig läßt, bekommt der Mann pro Tag 30 Pfennig. Für das Essen erhält der Gastwirt 1 Mark und der Kyffhäuserbund streicht 40 Pfennige für sonstige Ausgaben ein. Daß von den 30 Pfennigen alle Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Werkzeug, Putzzeug, Reinigungsmaterial und Genußmittel unmöglich bestritten werden können, abgesehen gar von Kulturmitteln, ist jedem einleuchtend. Was ist die logische Folge dieses Zustandes: Einer stiehlt dem Andern, was nicht nützlich und nagelfest ist. Sogar die wenigen Pfennige sind vor den „Kameraden“ nicht sicher. Ueberhaupt herrscht in diesem Lager eine „Ordnung“, die mit dem Begriff, den sich jeder dabei denkt, nichts mehr zu tun hat. Häufig kommt es vor, daß Arbeitsdienstwillige Werkzeug aus Böswilligkeit gegeneinander zerbrechen, oder Kleidungsstücke derart verschmutzen, daß sie fast unbrauchbar werden.

Ist es bei diesen Zuständen dann ein Wunder, wenn die anständigsten Elemente machen, daß sie davon kommen, sobald ihre Wochen im Lager zu Ende sind. Wenn Menschen mit leerem Magen und wenig Geld arbeiten und leben sollen, so kann von Erziehung und Ordnung keine Rede sein. Aus diesem Grunde muß auf die Dauer der freiwillige Arbeitsdienst versagen. Einen Nutzen aus Kosten der Jungarbeiter haben nur die Herrschenden, die als Oberorganisatoren fungieren.

Sieben Tote bei einem Autounfall in Algier

Paris, 13. November.

Nach einer Havasmeldung aus Algier hat sich gestern bei Tilet ein schwerer Autounfall ereignet. Ein Personentransportautomobil, das den Verkehr zwischen Mascara und Oran versieht, glitt auf dem aufgeweichten Boden aus und fuhr in voller Fahrt gegen einen Baum. Der Motor wurde völlig in die Karosserie hineingedrückt. Bis gestern abend belief sich die Zahl der Toten auf sieben, die der Verletzten auf 22, darunter mehrere Schwerverletzte.

Um das Frauenwahlrecht in Frankreich

Bekanntlich ist Frankreich eines der wenigen europäischen Länder, in denen die Frauen noch kein Stimmrecht haben. Anlässlich des radikalen Parteitages in Toulouse begab sich eine Abordnung des französischen Frauenstimmrechtsverbandes zu dem Ministerpräsidenten Herriot, um ihm für die Einbeziehung einer Frau in die französische Delegation der Völkerbundsversammlung zu danken. Gleichzeitig ersuchten sie ihn, das Verlangen der Frauen auf Teilnahme an den nächsten Gemeindevahlen zu unterstützen. Herriot erklärte, daß er von jeher für das Stimmrecht der Frau eingetreten sei und auch jetzt in diesem Sinne wirken werde.

Die volle Freiheit der Eheschließung kann erst dann allgemein durchgeführt werden, wenn die Beseitigung der kapitalistischen Produktion und der durch sie geschaffenen Eigentumsverhältnisse alle die ökonomischen Nebenrückstände entfernt hat, die jetzt noch einen so mächtigen Einfluß auf die Gattenwahl ausüben. Dann bleibt über kein anderes Motiv mehr als die gegenseitige Zuneigung. Friedrich Engels.

Wirtschaftselend — steigende Selbstmordzahl

Fallende Löhne und Unterfützungen — steigende Selbstmordzahl. Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß die Zahl der Selbstmorde im vergangenen Jahre im deutschen Reichsgebiet auf mindestens 18.000 geschätzt wird. Die Statistik weist vom Jahre 1925 bis 1929 folgende Entwicklung auf:

Jahr	1925	1926	1927	1928	1929
Anzahl	15.273	16.480	15.974	16.036	16.665

Für das Jahr 1930, das die steilste Entwicklung zeigte, liegen noch keine amtlichen Zahlen vor, ebenfalls nicht für 1931. Man kann kaum annehmen, daß die statistischen Erhebungen Jahre in Anspruch nehmen, oder — sind die Zahlen so hoch, daß man sie nicht zu veröffentlichen wagt?

Zucker, was er kosten könnte

Ein Zentner deutscher Zucker kostet gegenwärtig im Großhandel 20,65 Mark, die Steuer beträgt 10,50 Mark, so daß der Zentner insgesamt 31,15 Mark kostet. Auf dem Weltmarkt wird der deutsche Zucker augenblicklich zum Preise von 7 Mark pro Zentner umgesetzt. Gleichzeitig lagert im Hamburger Freihafen tschechischer Zucker zum Preise von 5,60 Mark. Der deutsche Exportverlust, der im Zuckerhandel durch den Inlandspreis wieder ausgeglichen wird, betrug für das Rechnungsjahr 1930/31 etwa 100 Millionen Mark. Die deutschen Verbraucher haben also die angenehme Aufgabe, um die deutschen Junker vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen, das Fünf- bis Sechsfache des Weltmarktpreises für Zucker zu zahlen.

Internationale Presseschau in Tiflis

In Tiflis in der Sowjet-Union wird in diesen Tagen der erste aus 12 Abteilungen bestehende Teil einer großen internationalen Presseschau eröffnet. Der Gesamtplan dieser Ausstellung ist noch umfassender als der der großen Kölner Presseausstellung. In der Abteilung für periodische Veröffentlichungen werden 284 Länder vertreten sein. In 205 Sprachen werden Zeitschriften zur Ausstellung gelangen. Der auf diese Weise erfaßte Zeitraum wird 363 Jahre umfassen.

Die Ausstellung wird außerdem noch besondere Abteilungen für Bücher, Plakate, Druck- und Verlagstechnik aufzuweisen haben.

Ganz besonders interessant verspricht die Abteilung für Minderheiten zu werden, hat sich doch unter der Diktatur des Proletariats gerade die Literatur der Minderheiten in bisher ungekannter Weise frei von jeder Fessel und Bindung der bürgerlichen Klassenherrschaft entwickeln können.

Die Weltpresseschau in Tiflis wird von den gewaltigen Leistungen des russischen Proletariats in ihrer Sprache zu erzählen wissen.

Geschäftliches

Sparen, aber nicht am falschen Fleck. In Notzeiten ist mancher geneigt, aus sogenannten Sparanlassgründen nach billigen Ersatzmitteln zu suchen. Jeder wird die Beobachtung machen müssen, daß in solchen Zeiten diese billigen Sachen wie Pilze aus der Erde schießen, weil man mit der Einstellung der Menschen rechnet, die häufig denken, daß man durch billigen Einkauf spart. Das ist grundfalsch. An einem Beispiel sei's gezeigt: Die qualitativ hochwertige Chlorodont Zahnpaste ist im Preise etwas höher, als in jüngster Zeit angebotene billige Zahnpaste, aber die Chlorodont-Zahnpflegemittel sind preiswerter, weil sie vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch und von höchster, stets gleichbleibender Qualität sind.

Freie Turnerschaft Mylau I. V.
Mittwoch, den 16. Nov., 17 Uhr
In der Turnhalle
Vereinsversammlung
Außerordentlich wichtige Tagesordnung!
Restlose Beteiligung erwartet
Der Turnrat

Olga Stjepanowna

Eine Erzählung aus den Tagen des Bürgerkrieges von L. Nikulin*)

(Nachdruck verboten)

„Humanität“, „Menschlichkeit“, „Mitleid“... Sie sagten: „Humanität“, verehrter Freund. Sie behaupten, das Alter rufe in ihnen nur ein einziges Gefühl, das Gefühl des Mitleides hervor... man dürfe das ursprüngliche menschliche Gefühl der Achtung vor einem allen schwachen Menschen nicht übergehen, daß „Poincaré einfach ein Greis sei, der bereits mit einem Bein im Grabe stehe, ein bemitleidenswerter schwacher Greis...“ und was Sie nicht alles sonst noch geredet haben, verehrter Freund. Und ich unterbrach Sie und erzählte Ihnen, was sich vor dreizehn Jahren in unserer ehrwürdigen Stadt Kiew ereignete.

Ja, das war in Kiew. Wir zählten das Jahr 19. Vom Süden rückte General Denikin an, vom Westen — der „falsche Ataman“ Simon Petljura. Wir waren gezwungen, uns aus der Stadt zurückzuziehen, Dniepr aufwärts in der Richtung nach Gomel.

Drei junge Menschen wohnten wir damals auf der Rschen Straße im Hinterhaus, in der Wohnung einer herzenguten Greisin, der Witwe eines Friedensrichters. Wir drei waren in der kleinen Wohnung — drei Zimmerchen waren es — einquartiert und hatten ein kaum denkbar stilles Heim mitten in den Böen und Stürmen des Bürgerkrieges gefunden. Sieht du noch vor dir die kleinen niedlichen Räume? Die Schränke aus rötellichem Holz mit den Glasuren, hinter denen grüne Vorhänge prangten und schwere dickleibige Folianten, Gerichtsentscheidungen, ständen. Und Photographien in Goldrahmen. Die Herren vom Gericht in Gruppenaufnahme, dick und bärtig in ihren Uniformen. Und das Porträt des Hausherrn im Uniformrock und der Ordenskette des Friedensrichters auf der Brust. Die Beschiebung Kiews im Jahre 1918 hatte ihm damals einen solchen Schrecken eingebracht, daß er am Herzschlage gestorben war.

Ueber dem Ledersofa, auf dem ich schlief, hing ein anderes Porträt in Oel (eine Stiftsdame mit einem dreifachen Spitzenhals). Das Datum auf dem Bild ließ die Jahreszahl 1873 erkennen. Das war unsere Wirtin des stillen Seitenflügels, unsere herzengute Olga Stjepanowna, während ihrer Petersburger Zeit, im Alter von 16 Jahren. In der roten Ecke unter uralten Heiligenbildern schlief der Arsenalarbeiter und Kommandant des Feldgerichtes Jura, und auf einem riesigen aufbaumholzernen Bett lag der Instrukteur und Organisator der Aufklärungsabteilung des Militärbezirkes, Sascha Schitomirski. Er genoss den Vorzug, auf dem Bett schlafen zu dürfen, weil er eben erst einen sehr heftigen Anfall von Rückfalltyphus hinter sich hatte, deren Krisis er erst drei Tage vor dem Ereignissen, von denen ich erzähle, überstanden hatte.

Die Inhaberin der Wohnung war, wie ich bereits erzählt hatte, die gute alte Olga Stjepanowna, Stiftsdame, etwa 63 Jahre alt, die von Zeit zu Zeit in der Erinnerung schwelgte, wie der backenbärtige Kaiser Alexander II., mit dem zartbesetzten Herzen, um sich an dem Anblick reizender Mädchen gestalten zu ergötzen. Nein, alles in allem konnten wir uns über Olga Stjepanowna

*) Entnommen der „Moskauer Prawda“ vom 3. November dieses Jahres. Uebersetzt von R. Pfaff.

nicht beklagen, weder über ihre Kirschkuchen, noch über ihre Mehlkloße. Wir anerkannten ihre Bemühungen um den armen Sascha Schitomirski und selbst der steinerne Jura, der mit besonderer Vorliebe sein Klassenbewußtsein hervorkehrte, meinte hin und wieder nachdenklich und laut, wenn er sich gerade an Pfannkuchen gestärkt und auf das Bett gewälzt hatte:

„Im Grunde genommen ist so ein Friedensrichter ein unbedeutendes Geschöpf gewesen. Schließlich konnte er einen nicht mehr als auf einen Monat ins Killechen bringen und Geldstrafen durfte er auch nur bis 25 Rubel verhängen. Na, ich hatte ihn vielleicht als Geisel genommen. Die Alle liege ich aber in Ruhe. Sie ist nicht übel, die Oma.“

Und nach einem kurzen Schweigen fügte er hinzu:

„Aber schließlich bezahlen wir ihr ja auch unser Essen und schenken ihr unsere Rationen. Nein alles in allem, das ist hier eine saubere Sache — es gibt ganz andere Originale. Laß sie also herumgerieren.“

Und sie geisterte umher und schlafte durch die Zimmer, die stille alte Olga Stjepanowna und legte auf einer Kamelhaardecke Patienten und wusch Dschamka, die junge zollige Stute. Nicht zuletzt erzog sie den Findling Matusia, ein schwarzzüngiges scheues Mädchen, das hier und da von Sascha Schitomirski auf dem Korridor geküßt worden war, als er noch gesund war, natürlich.

Doch jetzt lassen sie mich zur eigentlichen Geschichte kommen.

An demselben Morgen, als ich heim kam und Sascha erzählte, daß alles aufgelöst sei und außer umgekippten Tischen, allen Flugblättern, zerlassenen Zeitungen und Plakaten nichts im Hause, in dem die Propaganda- und Aufklärungsabteilung untergebracht war, zurückgeblieben sei, daß nicht eine einzige lebende Seele in den 47 Zimmern zu finden sei, lag er kredebleich da. Sein Atem ging stoßweise. Er hatte nicht einmal die Kraft, sich selbst den Schweiß von der Stirn zu wischen. Das tat für ihn die herzengute greise Olga Stjepanowna. Und Dr. Feinsilber saß abseits am Tisch, und schrieb ein Rezept aus, obgleich es völlig ausgeschlossen war, nach einem Rezept auch nur irgendeine Medizin zu erhalten. Die Apotheken waren geschlossen und die Herren Provianten zogen es vor, an einem solchen Tage, wo in jeder Sekunde eine blaue Bohne die Straße entlang pfeifen konnte, ihre Nasen lieber nicht zum Fenster hinauszuhalten.

„Der Zustand des Kranken“, sagte Dr. Feinsilber, „ist nicht mehr ausgesprochen besorgniserregend. Kann es aber auch nicht vor den Angehörigen verschwiegen, daß der Kranke ungeheurer geschwächt ist. Das hohe Fieber hat offensichtlich sein Herz angegriffen. Er litt ja bereits schon früher an Herzmuskelschwäche. Ich habe deshalb... Langere Erholung, völlige Ruhe werden es schon schaffen und eine normale Herzrhythmus wiederkehren lassen. Wie gesagt, Ruhe und Erholung! Habe Strichlin verschrieben.“

„Sascha“, sagte Jura, „was meinst du selbst, werden die Kräfte reichen, um aus Kiew zu flüchten? ... Mensch, wir dürfen dich diesen Besessenen nicht ausliefern, sie werden dich martern und folschlagen. Wir werden dich schon fortschaffen. Zu Fuß oder auf einem Karren. Da haste den Salat...“

Sascha zuckte zusammen, seine Augen, die anfangs Glanz bekommen hatten, verfinsterte ein Schatten des Erschreckens.

„Ohr“, blästerle er mühsam, „irgendwie.“ „Du großer Gott“, rief Olga Stjepanowna und schlug die Hände zusammen. „Ihr Jungen, wo habt ihr nur euer Herz? Einen Kranken auf einem Karren? Zu Fuß? Wo doch Sinowij Sinowiwitsch selbst sagt: „Erholung, Ruhe!“ Ihr Jungen, er hat's doch mit dem Herzen, jede Sekunde kann das Ende bedeuten. Rührt ihn nicht an, um des Himmels Willen, bringt ihn nicht fort!“

„Sie schützen, Olga Stjepanowna“, sagte ich. „Morgen, spätestens übermorgen werden Denikins Soldaten hier sein. Und er ist bekannt wie ein bunter Hund. Hal sich als Komsomolz hervorgeraten, war bei den Haus-suchungen dabei. Ja wie denken Sie sich denn das! Sie werden ihn doch zu Tode martern.“

„Was mich anbetrifft“, mischte sich Dr. Feinsilber ein, „ich habe gewarnt. Die Aufregungen, die der Transport unter so unnormalen Verhältnissen mit sich bringen muß, mit einem Wort, als Nachbar und als Arzt habe ich gewarnt...“

Und er verdrückte sich eifrig.

Jura warf einen Blick auf mich und dann auf Sascha Schitomirski. Doch wir schwiegen.

„Feierabend“, bestimmte er. „Ich werde versuchen, beim Kommandeur eine Stabsmaschine oder einen Lastwagen zu ergattern. Wir müssen ihn fortschaffen. Da gibt es kein Wenn und Aber. Da hast du den Salat...“

Einsturz-Katastrophe in Warschau

19 Tote und 47 Verletzte

Warschau, 13. November.

Im Norden der Stadt hat sich heute eine gewaltige Einsturz-Katastrophe ereignet, die 19 Todesopfer gefordert hat. Die Katastrophe spielte sich heute früh um 6 Uhr ab. Verschiedene Umstände wirkten zusammen, um ihr Ausmaß so riesengroß zu gestalten. Das Gebäude, das einstürzte, beherbergte eine Brauerei, die dort ihre großen Hopfenvorräte eingelagert hatte. Daneben stand ein kleines Wohnhaus aus Holz. Das Brauereigebäude ist alt und baufällig gewesen; dem gewaltigen Druck der Hopfenmassen haben die morschen und teilweise schon brüchigen Wände nicht mehr standgehalten. Der Einsturz erfolgte unter ungeheurem Getöse. Die Hopfenmassen, Stein- und Ziegeltrümmer stürzten auf das kleine Wohnhaus, das vollständig begraben wurde. Zwar ist sofort Hilfe zur Stelle gewesen, da sich auf der anderen Straßenseite eine Polizeischule befindet, deren Insassen im Augenblick der Katastrophe herausstürzten um sich ans Rettungswerk zu machen. Leider waren ihre Bemühungen bis jetzt vergeblich. Sie konnten nur 19 Personen tot unter den Trümmern bergen.

Einer späteren Meldung zufolge gelang es den Hiebhaften Anstrengungen der Rettungs-

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpoliermittel höchster Qualität. Sparsam im Verbrauch. Tube 60 Pf. und 80 Pf. Bestellen Sie nur Chlorodont und wollen Sie jeden Erfolg dafür zürück.

Olga Stjepanowna schlug wieder einmal die Hände über ihrem Kopf zusammen:

„Junger Mann, sagen Sie ihm doch... Sie sind doch ein intelligenter Mensch und müssen doch begreifen... man darf doch nicht ein so junges Blut einfach umbringen!“

Sie versuchte plötzlich, nebst sich ihre verranzelten, verkrüppelten Hände und fuhr im Hasten fort:

„Du kennst mich doch schließlich, du jungen Teufel, ein gemalyer! Du als nicht zu euch wie eine Mutter gewesen. Du selbst habst mich „Großmutter“ genannt. Drei Monate haben wir unter einem gemeinsamen Dach gelebt. Laß ihn bei mir. Unser Seitenflügel ist groß, hundertfünfzig Jahre lang im aufgersten Falle gibt's hier Kammern, Keller und Garage, man sagt, sie gingen bis zur Sophien-Kathedrale. Kein Mensch wird darauf kommen, daß er bei mir ist. Er wird seine Weile hier bleiben, wird sich erholen, wird schließlich dann nach Gomel fahren und von dort nach Moskau. Und schließlich kann ja plötzlich alles ganz anders kommen.“

„Ja“, begann ich, doch Jura unterbrach mich:

„Seinen Tod wollen wir wirklich nicht. Mag er schließlich selbst entscheiden...“

„Ja, was ich euch sagen wollte, vielleicht will jemand von euch mit ihm hier bleiben? Wie? Ich könnte zwei nicht verstecken? Ich versteck euch schon und versteck euch so, daß weder die „Weißen“ noch die „Grünen“ oder sonst wer auch nur die geringste Spur von euch entdecken...“

Hier brachen wir ab. Ich eilte zum Kai, wo die Motorboote des Fluggeschwaders vor Anker lagen. Jura ging sich nach einem Lastwagen umsehen.

(Schluß folgt)

mannschaft, außer den 19 Toten aus den Trümmern des eingestürzten Brauereigebäudes noch die übrigen 20 Bewohner des Hauses zu bergen, die alle mehr oder minder schwer verletzt sind.

Bergwerksunglück in Lancaster

In einer Steinkohlengrube bei Ashton in Ankerfield hat sich eine schwere Schlagwetterkatastrophe ereignet. Drei Tote wurden bisher geborgen. Man befürchtet, daß 20 bis 25 Angehörige der Bergschicht ums Leben gekommen sind.

Sechs norwegische Fischer ertrunken

Die gesamte Fischerflotte von Ost-Finnmarken wurde am Freitag mittag von einem furchtbaren Schneesturm überrascht. Bei dem Versuch der Fischer, das Über zu erreichen, kenterten mehrere Boote und sechs Mann ertranken.

Santa Cruz völlig zerstört

Die Stadt Santa Cruz auf Kuba ist völlig zerstört worden. Wahrscheinlich wird sie nicht wieder aufgebaut werden. Die Springflut hat eine bisher unbekannt Anzahl von Opfern gefordert.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Was glauben Sie?“ „Ja, ich glaube... starkes Knochengestüt, der Körper ist nicht mager und auch die Brust sitzt fest.“

Es wurde mir ganz leicht ums Herz und fröhlich. Ich unterhielt mich gut. „Sie schätzen mich ab, Genosse Wjetrow, wie eine Kuh.“

„Ja, nun? Den Menschen muß man ebenso abschätzen wie das Vieh. Gute Arbeit kann nur ein gesunder Mensch leisten. Unsere ist Klassenarbeit, unsere Klasse ist eine gesunde Klasse, und unsere Arbeit kann nur ein Mensch unseres Fleisches leisten. Jede Arbeit muß aus dem Innern kommen. Unsere Arbeit kann nicht aus dem Innern eines uns Fremden kommen. Na, ich muß weiter gehen. Ueber den Arbeitsplan werden wir nächste Woche diskutieren. Wir werden's schon regulieren...“

Er ging zur Tür und überflog das Zimmer noch einmal mit dem prüfenden Blick eines guten Hausherrn.

Der Spiegel.

Die Luft auf dem Hof und hinter den Gebäuden knapp bis zu den hohen Bergketten schimmerte wie lila Asche. Die weißen Mauern der langgestreckten Kaserne gegenüber waren hellblau geworden und die Ziegelschuppen des Daches schienen von innen zu glühen. Der Himmel über den Hügeln loderte flammend, und die Hügel selbst hoben sich mit ihren buckligen Umrissen scharf vom Horizont ab und glichen seltsamen, mächtigen, angebrannten Brotlaiben mit tiefen Furchen und brauner Kruste.

Die Klüfte zwischen den Hügeln erschienen im grauen Dunst grundlos tief. Und nur die Biegungen des den Hügel hinaufschleichenden erlöschenden Streifens der Landstraße waren noch deutlich zu sehen. Ein winziger Wagen, vollgestopft mit bunt gekleideten Frauen, rollte die Straße hinunter. Das Pferdchen stemmte sich auf die Vorderbeine, die krummen Hinterbeine knickten zusammen, das Kummel und das Krummholz schoben sich auf seinen Kopf. Hinter dem Wagen ritt ein Bauer, der seinen Oberkörper nach hinten bog, und dessen mager, lange Beine komisch hin- und herschlenkerten. Mit einem immer milder werdenden Schmerz sah ich auf den flammenden Himmel, auf die lila Traurigkeit der Hügel und nahm Abschied vom letzten Tag meiner Vergangenheit. Die Nacht wird kommen, dunkel, stumm, herbstill-tot und öde, voller Steppengespenster, und dieses Dunkel wird die Zukunft vor mir eröffnen, die mich morgen mit ihrem neuen, noch nicht gesehenen und empfundenen Dämmerlicht überströmen wird.

Die Wände meines Zimmers schienen von innen zu leuchten, und es kam mir vor, als brenne und leuchte ich selbst in diesem durchsichtigen Licht, es schien mir, daß ich mich in einigen Sekunden in ein Gespenst verwandeln, gewichtig neu geboren sein würde. Irgendwo, tief im Innern, zitterten junge Vorahnungen in mir, und eine leiste Stimme, die Wjetrows Stimme gleich, erklang in einem federnden Zuruf:

„Wo ist deine Energie, Galja? Du bist stark und glaubst an dich, du kamst voll Begeisterung her, um ein neues Leben zu schaffen. Verliere nicht den Mut, Galja!“

Das rote eiserne Bett war schon gemacht. Es schwoh und rundete sich unter der weißen Decke. Das Kissen glühte rot vom Licht.

„Wie jung du bist und frisch! Siehst ganz einem Burschen ähnlich, mit deinem kurzgeschneittenen Haar und deinem Rock bis zu den Knien.“

Luscha stand in der geöffneten Tür, vom Licht übergossen in ihren Augen flimmerten strahlende Funken. Ihr bernsteinfarbenes sehr dichtes Haar war in einem schweren Knoten tief im Nacken zusammengewickelt und lag wie eine Krone um ihren Kopf. In

der ungewöhnlichen Bläue ihrer weit geöffneten Augen sang kindliches Stimmchen. Ihre Lippen waren weich, unruhig, sinnlich, an Küsse gewöhnt. Die Nase wie gedreht, fest wie eine kleine Gurke, reizvolle Fältchen lagen um die Augen. Die Brüste waren hoch und herausfordernd wie bei einem jungen Mädchen. Sie war nicht wie eine Bäuerin gekleidet, sondern wie eine Arbeiterin, sauber und nett. Sie ging barfuß, die Füße waren aber sauber gewaschen.

„Es kommt dir wohl hier nach der Stadt ganz wild vor...“

Sie riß mich zu sich und packte mich an der Hand.

„Sie sind doch die Luscha? Hat Sie nicht Wjetrow so gerufen?“

„Ja, meine Liebe... Also ja... Ich bin die Luscha...“

„Das ist ausgezeichnet. Wie schön Sie sind!“

„Herrlich!... Aber das sagen Sie nur so...“

Sie lachte und wurde rot, aber man merkte, daß es ihr angenehm war.

Wir packten mein Köfferchen an, nahmen die Wäsche, Kleider, Photographien und Kleinigkeiten heraus. Und als ich einen großen Spiegel aus dem Koffer zog, begann sie um ganzen Körper vor Begeisterung zu zittern.

„Ach, ist der schön! So einen Riesenspiegel haben wir in der ganzen Kommune nicht...“

„Aber Luscha, es ist doch nichts Besonderes.“

Ich wunderte mich aber plötzlich selbst. Wozu schleppte ich diesen großen sinnlosen Spiegel her? Den ganzen Boden des Köfferchens hatte er eingenommen und ihn schwer gemacht. Mutter hatte ihn vor der Abreise für ihre letzten Groschen gekauft. Sie hatte sich lange darin angeschaut und war von seinem reinen Glanz sogar jünger geworden.

„Mein ganzes Leben sehnte ich mich danach, so einen Spiegel zu kaufen. Galja, in meiner Jugend kam ich nicht dazu. Jetzt kannst du dich wenigstens darin bewundern. Das ist für dich, für deine Mitgit.“

Ich sah sie an und lachte.

Luscha vertiefte sich aufmerksam, fast streng in die Leere des Spiegels und erstarrte für einen Augenblick, von sich selbst, von der anderen, gleitenden, unwirklichen Luscha im Spiegel bezaubert. Und diese andere, nicht existierende Luscha zog die lebende Luscha mit sich. Schwelgend, langsam, trat sie über die Schwelle, ohne die Blicke von ihrem Spiegelbild zu wenden, und auf ihrem Gesicht spielten unbewußt rasch aufleuchtend und wieder erlöschende kleine Grimassen. Die schöne, hübsche, nach dem Leben glühende Frau in ihr war stürmisch erregt. Der Spiegel glänzte in ihren Händen, näherte sich ihr, entfernte sich von ihr, hob und senkte sich. Sie bewunderte sich von nächster Nähe, sah von weitem ihr Haar an, ihr Kinn, versank aufmerksam in den Anblick ihrer Augen. Vom Korridor aus sagte sie zu mir, ohne sich zu mir umzuwenden, mit singender, herzlicher Stimme:

„Wir hängen ihn in den Flur, Galja. Dort hin... gerade in die Mitte... All unsere Kommunarinnen werden aufjauchzen...“

Das kam unerwartet für mich, und zum erstenmal zuckte es in meinem Herzen. So lange ich im Studentenheim gewohnt hatte, waren meine Sachen, meine Bücher unantastbar gewesen, und mein Bett, mein Tischchen hatte niemand zu berühren gewagt. Dort hatte ich mein eigenes, streng abgegrenztes Territorium gehabt, das einer von allen anerkannten Immunität unterlag. Und hier bin ich des primitivsten Eigentumsrechts beraubt. Meine Sachen werden als allgemeines Eigentum betrachtet. Luschas Worte erregten mich sehr, ein Gefühl des Protestes loderte in mir auf. Die Mutter hatte ihre letzten, schwer verdienten Groschen ausgegeben, sie hatte mich gebeten, diesen Spiegel als Geschenk von ihr zu behüten, und nun will plötzlich ein zufällig über meinen Weg laufender Mensch von einem Gegenstand Besitz ergreifen, in dem das Bild des einzigen mir nahen Menschen noch lebt. Das ist nichts anderes als bürgerliche Heiligkeit. So kann doch eine ganze Horde von Frauenzimmern in mein Zimmer stürzen und, ohne sich zu genieren, mein ganzes Hab und Gut auseinander schleppen. (Fortsetzung folgt.)

Die SPD Severings 1919/20 wie heute

Immer gegen die Kämpfe der Arbeiter, Immer Gewerkschaftsschädlinge

I. R. In dieser Zeit, wo die SPD und ADGB-Führung vom Umbau der Wirtschaft und von Sozialismus als aktueller Aufgabe reden, und wo sie „unseren“ Carl Severing, den „Mann des Volkes“, der „nur der Gewalt wich“, an gutgläubige Parteimitglieder in Selde verkaufen, ist es äußerst lehrreich, in alten Büchern zu blättern, darunter in Severings 1927 geschriebenen Erinnerungsbuch „1919/20 im Wetter- und Watterwinkel“.

Der öffentliche Hinweis auf dieses von Severing 1927 geschriebene Buch über seine Heldentat im Jahr 1920 ist heute deshalb besonders wichtig, weil es vielen SAP-Genossen und der Mehrzahl der Arbeiter unbekannt ist; weil heute noch Millionen von Arbeitern der Auffassung sind, daß Severing bis zu seinem schließlichen Abgang am 20. Juli im allgemeinen zwar immer ein Reformist, aber doch ein ganz tüchtiger Kerl gewesen sei. Sein eigenes Buch zeigt aber, wie kein zweites, daß Severing und mit ihm die ganze obere SPD-Führerschaft schon immer mit geradezu zynischer Raffinesse die Arbeiter irreführt und sie immer im entscheidenden Augenblick im „höheren Interesse der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates“ verraten hat.

Damals, 1918/20, stand der Sozialismus als aktuelle Aufgabe vor der deutschen Arbeiterklasse. Es galt, die im November 1918 erhaltenen Machtpositionen im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen und dafür zu sorgen, daß die Bourgeoisie nicht wieder in den Sattel kam. Aber die SPD und mit an vorderster Stelle Carl Severing dachten und handelten anders. Severings Aufzeichnungen über die Jahre 1919 und 1920, in denen er als Kommissar der Regierung Ebert-Scheidemann im Ruhrgebiet Vollmachten hatte, zeigen eindeutig und klar die vom Marxismus vollkommen losgelöste, ja sogar ganz offen vom Boden des Bürgerstums ausgehende Grundeinstellung und praktische Handlungsweise dieses heute noch in der Sozialdemokratie gefeierte Mannes. Von den vielen hierfür markanten Stellen seien heute angesichts der Streikbruchrolle der SPD im Berliner Verkehrsstreik vor allem solche wiedergegeben, die sich auf die Rolle Severings und der SPD-Führer anlässlich wirtschaftlicher Fragen und Kämpfe der Arbeiterklasse in den Jahren 1919/20 ergeben.

Severing schreibt in seinem Buch:

„Inzwischen (d. i. Anfang 1919) war nämlich die Spitze der spartakistischen Organisation, die sogenannte Neuner-Kommission des Ruhrgebiets nicht müßig gewesen... Wenn die Einführung der Sechstundenschicht an die Spitze (ihrer Forderungen) gestellt wurde, so war das nur ein Köder für diejenigen Bergarbeiter, die es trotz der systematischen Verhetzung nicht über sich gewannen hatten, sich für die politischen Forderungen der Spartakisten ins Schlepptau nehmen zu lassen. Aber auch die Forderung auf Einführung der Sechstundenschicht diente lediglich politischen Zwecken. (Man sieht schon damals, wie auch jetzt im Verkehrsstreik, die Hetze gegen die „politischen Zwecke“). I. R.) Wäre sie zugestanden worden, so wäre eine Verminderung der im Februar 1919 auf 240.000 Tonnen täglich bezifferten Förderung um etwa 30 Prozent unausbleiblich gewesen. Es hätte nicht einmal der Bedarf des eigenen Wirtschaftslebens gedeckt werden können, und darüber hinaus hätte Deutschland darauf verzichten müssen, Kohlen zum Versand ins Ausland (als Zahlungsmittel für Lebensmittel-sendungen) zu fördern... Die Regierung konnte darum unmöglich dieser Forderung nachgeben.“ (S. 22.)

„Die Erregung der letzten Wochen, die sich gerade den Arbeitsstellen unter Tage mitgeteilt hatte, war der Förderung weiter obtrüglig gewesen. Die Hillerufe der Industrie wurden immer vernehmlicher, die Not der durch den Kohlenmangel beschäftigungslos gewordenen Arbeiter immer größer! Wenn zu irgend einem Zeitpunkt, dann mußten jetzt Ueber- und Nebenschichten als notwendig anerkannt und verfahren werden! Das wurde von den Bergarbeitervertretern nicht in Abrede gestellt, aber keine der beteiligten Organisationen wollte die Verantwortung dafür übernehmen, in diesem Augenblick durch Vereinbarungen mit dem Bergbauischen Verein Ueberschichten einzuführen. Der Militärbefehlshaber und ich entschlossen uns daher, trotz anfänglichen Bedenken, die Ueberschichten zunächst für obligatorisch zu erklären und die Frage später durch freie Vereinbarungen zwischen den Bergarbeiterverbänden zur Regelung zu bringen.“ (Seite 125/126.)

„Giesberts (Führer des christlichen Bergarbeiterverbandes), der Reichspostminister geworden war, trat immer auf den Plan, wenn im Ruhrgebiet wichtige Entscheidungen zu treffen waren. Als in der Frage der praktischen Durchführung der Sechstundenschicht die Gewerkschaften aus naheliegenden Gründen zögerten, eine klare, unzweideutige Stellungnahme zu formulieren, da trat Giesberts vor... Auch in der Frage der Ueberschichten, deren Propaganda damals auch nicht gerade populär war, hat Giesberts eifrig mitgeholfen, die Bedenken seiner gewerkschaftlichen und politischen Freunde gegen die obligatorische Einführung zu zerstreuen. Und endlich danke

ich ihm eine treue Waffenbrüderschaft in und um Bielefeld... „Wir haben mit Kapp nicht verhandelt, wir werden auch mit Kampzentralen der Arbeiter nicht verhandeln.“ — „Die Regierung kann sich unmöglich von Verhandlungskommissionen vorschreiben lassen, mit welchen Männern sie arbeiten und wen sie entlassen soll!“ — Das alles hatte auch ich schon zu wiederholten Malen gesagt...“ (S. 24/49.)

Severings Zusammenarbeit mit den Generalen

„Der General (Generalleutnant Freiherr v. Watter, Kommandierender des VII. Armeekorps), der bei diesem Besuch auf mich den Eindruck eines offenen und frischen, verantwortungsbewußten Soldaten machte, zeigte sich diesen Darlegungen gegenüber nicht unzugänglich. Auch er erkannte an, daß es richtig sei, durch ein verständiges Vorgehen die Mitglieder der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen von der Streikbewegung zu trennen und sie nicht durch eine unzweckmäßige Einsetzung militärischer Kräfte der Sache der Regierung zu entfernen. Wir vereinbarten, daß künftige Aufrufe politischen Inhalts und andere Maßnahmen von entscheidender Bedeutung nur unter persönlicher Mitwirkung des Kommandierenden Generals (G) und des Reichskommissars getroffen und veröffentlicht werden sollten.“ Dabei hatte Severing alle politischen Vollmachten der Regierung! (S. 30/31.)

„Auf einigen Zechen war es (anlässlich des durchgeführten Generalstreiks) bereits zur Einstellung der Notstandsarbeiten gekommen. Ich habe deshalb erklärt, der Gefahr des Ersauens der Schächte mit allen Kräften entgegenzutreten zu wollen und mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers noch am gleichen Abend folgende Verordnung erlassen: „1. Alle männlichen Einwohner im Alter vom vollendeten 17. bis 50. Lebensjahre sind verpflichtet, im Bedarfsfalle auf Anordnung der Gemeindebehörden Notstandsarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft erforderlichen Betrieben zu leisten. 2. Wer einen auf Grund des Punktes 1 dieser Verordnung an ihn ergangenen Anweisung nicht Folge leistet, wird mit Geldstrafe bis 500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft.“

Lohnabbau in der Ruhr-Metallindustrie

Der DMV bleibt passiv, die RGO ist ohnmächtig

Nach einer Reihe vorliegender Meldungen aus fast allen Metallbetrieben der Nordwestgruppe holen die Industriellen zu einem entscheidenden Schlag aus, um die Löhne generell abzubauen. Die Werksleitungen der Dortmunder Betriebe Hoesch, Union und Phoenix haben bereits vor einiger Zeit einen zehnpromzentigen Lohnabbau durchgeführt. Den Arbeitern der Union-Betriebe in Hamm wurden die Löhne um 18 Prozent bzw. 20 Prozent gekürzt. Der Phoenix-Betrieb in Düsseldorf, mit 1700 Belegschaftsmitgliedern, wird ab kommenden Mittwoch für 8 Tage stillgelegt, gleichzeitig versucht die Direktion unter Berufung auf den Notstandsparagraphen der Notverordnung eine zwanzigprozentige Lohnkürzung durchzuführen. Die Kruppdirektion hat für den Monat Dezember die Reduzierung des Stundenlohnes um 1 Pfg. und für Januar um einen weiteren Pfennig angeordnet. Sie droht gleichzeitig bei der Ablehnung dieses Lohndikts durch die Belegschaft mit Kündigung des Tarifs ab 15. November und der Beseitigung aller übertariflichen Akkordverdienste.

Die Gewerkschaften — und hier vor allen Dingen der DMV — verhalten sich vollkommen passiv gegenüber der neuen Lohnabbauwelle. Nach den anfänglichen Streiks ist die Abwehrbewegung fast völlig zum Stillstand gekommen, so daß die Nordwestindustriellen um so mutiger vorstoßen. In einer DMV-Konferenz der Kruppischen Vertrauensleute erklärte der DMV-Angestellte Fritsch, daß es richtiger sei, den Lohnabbau hinzunehmen, um dadurch die angedrohte Kündigung des Tarifs zu umgehen. Im Falle der Tarifkündigung sei der Nachteil noch größer.

Obwohl sich in der Funktionärkonferenz eine starke oppositionelle Strömung bemerkbar machte und auch sozialdemokratische Arbeiterratmitglieder sich für den Kampf aussprachen, wurde dennoch mit 99 gegen 51 Stimmen beschlossen, das Lohndikts der Direktion anzunehmen. Damit ist leider die Lohnbewegung im Kruppwerk zunächst abgeschlossen. Die Versuche der KPD, durch das von ihr gebildete „Einheitskomitee“ einen Streik bei Krupp auszulösen, können schon jetzt als gescheitert angesehen werden. Das „Einheitskomitee“ setzt sich nur aus Anhängern der RGO und der NSBO zusammen. Sozialdemokraten sind darin überhaupt nicht vertreten.

Mit teuflischem Behagen schreibt dazu Severing:

„Die Drahtzieher kamen dadurch i. eine nicht gerade angenehme Situation. Entweder leisteten sie der Aufforderung Folge, und dann waren sie der Bewegung entzogen und erregten das Mißtrauen ihrer Kameraden, oder aber sie verweigerten die Notstandsarbeiten, dann konnten sie von der Behörde auf andere Weise unschädlich gemacht werden. So hat die Verordnung denn auch in verschiedenen Bezirken die Ausführung der Notstandsarbeiten gesichert und darüber hinaus den Streik zum langsamen Abbrücken gebracht.“ (S. 31/32.)

Wie die heute gelben und faschistischen Reaktionäre in den Betrieben gehalten wurden

„Es war nicht allzu schwer, den älteren Gewerkschaftlern (G) klar zu machen, daß man sich auf eine schlechte Ebene begäbe, wenn man die Maßregelung von (konterrevolutionären) Werksbeamten fordere, denn damit würde der gemeinsame Rechtsboden verlassen, auf dem es Arbeitnehmern und Arbeitgebern möglich sei, wirtschaftliche Kämpfe ohne persönliche Schärfe und ohne besondere persönliche Schädigung zu führen. Die Arbeiter könnten nicht fordern, bei Lohnbewegungen keine Maßregelung eintreten zu lassen, wenn sie selbst auf Maßregelung drängten.“ (S. 50.)

Diese völlig unmarxistische und rein bürgerlich-kapitalistische Auffassung Severings und der SPD hat die Revolution vom November 1918 versacken lassen und ist die Ursache, daß es noch einmal bis zu einer Pappen-Diktatur in Deutschland kommen konnte. Der Berliner Verkehrsarbeiter-Streik hat aufs neue bestätigt, daß die SPD-Politik sich trotz aller schlimmen Erfahrungen der Nachkriegszeit in diesem Punkt nicht gewandelt hat. Unterstützung der SPD-Politik heißt Verrat an der Arbeiterbewegung. Das sollten sich alle SPD-Mitglieder und SPD-Wähler gerade an Hand der angeführten Severing-Zitate noch einmal wieder vor Augen führen und daraus die notwendige Schlussfolgerung ziehen: Schluß mit der Partei des Arbeiterverrats! Hinein in die SAP und Stärkung und aktive Unterstützung dieser Organisation zur Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung.

Aber auch unter dieser Voraussetzung würde die Aufforderung zum Streik ungehört bleiben, wenn es zuvor nicht gelingt, den gewerkschaftlich organisierten Teil der Belegschaft für den Streik zu gewinnen. Die starke Minorität von 51 Stimmen in der Vertrauensmänner-Versammlung des Kruppbetriebes deutet darauf hin, welche objektiv günstigen Bedingungen für die Gewinnung der Gewerkschaftskollegen für den Streik vorhanden sind.

Lohnabbau-Konflikt bei Phoenix-Hörde

Dortmund, 13. November.

Die Direktion des Hörder Phoenix gab durch Anschlag ihrer Belegschaft folgendes bekannt:

„Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 und der dazu ergangenen Durchführungbestimmungen geben wir folgendes bekannt:

Die Arbeiterzahl im Durchschnitt der Monate Juni-August betrug 3104. Zur Zeit werden beschäftigt 3290 Arbeiter. Die Vermehrung beträgt also mindestens 5 vom Hundert. Die Löhne werden daher vom 11. November 1932 ab für die im Wochendurchschnitt des Monats sich ergebende 31. bis 40. Stunde für die Zeitlöhner gekürzt um 10 v. H. ihres Tarifstundenlohnes ausschließlich sozialer Zulagen, für Akkordlöhner um 9 v. H. ihres Durchschnitts-stundenverdienstes ausschließlich sozialer Zulagen.

Nach vorstehendem beträgt die Kürzung für die Zeitlohnarbeiter im Monat 2,5 Prozent (gleich 3.— RM. im Höchsthalle für den Facharbeiter, 2,53 RM. für den angelernten und 2,36 RM. für den Hilfsarbeiter) vom Tariflohn ausschließlich sozialer Zulagen und Leistungszulagen.

Für den Monat November kommen nur zwei Drittel dieser Abzüge in Betracht.

Der genannte Lohnabbau entspricht der Arbeitszeit von nur einer Stunde in der Woche. Es wird wahrscheinlich möglich sein, durch vermehrte Arbeit infolge größerer Aufträge diesen Ausfall auszugleichen.

Die Gewerkschaften nehmen erst heute zu der Lage in einer Mitgliederversammlung Stellung. Die Kommunisten fordern heute die

Einberufung einer öffentlichen Belegschaftsversammlung, in welcher der Streik beschlossen werden soll. Unter der Belegschaft herrscht eine starke Stimmung für den Streik, da durch die dauernden Preisrückfälle die Löhne sowieso bereits stark gekürzt waren. E. H.

Kritik an der SPD-Politik im Verkehrsarbeiterstreik

Aus den Reihen der II. Internationale

Das Organ des „Bundes“ (eine starke jüdisch-sozialdemokratische Organisation in Polen und Mitglied der zweiten Internationale) nimmt zu den Vorgängen bei dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik Stellung. Nach einer Schilderung des Streiks, vor allem einer Darstellung der Tatsache, daß Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen den Streik führten bzw. unterstützten, während die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Streik ablehnte und sabotierte, schreibt das Organ des „Bundes“:

„... Der logische Ausweg bei dieser Lage wäre — Streik. Aber die Führer der Gewerkschaften haben sich auf einen formalen Standpunkt gestellt und aus sozialen „Verfassungs“-Gründen sich gegen den Streik ausgesprochen.“

Aber alle diese Gründe können auf keinen Fall die Stellung der Gewerkschaftsinstanzen und der SPD berechtigen. Da die Verwaltung vor sich den deutlich ausgesprochenen Willen der Arbeitermassen hatte, mußte sie sich darauf stützen und ihr „Prestige“ und ihre Statuten außer Acht lassen, und zusammen mit der Masse „sündigen“, selbst wenn sie vielleicht unter den gegebenen Bedingungen den Streik für eine „Sünde“ ansah. Anstatt dessen haben die Führer der Gewerkschaft die Verkehrsarbeiter der unverantwortlichen Führung der Kommunisten und dem verbrecherischen Spiel der Nationalsozialisten ausgeliefert. Selbst wenn die Gewerkschaftsführer glaubten, der Streik sei wirklich zum Zusammenbruch verurteilt, wären die Folgen des Zusammenbruches jedenfalls geringer, wenn die Arbeiter von Anfang bis Ende als geschlossene Macht gekämpft hätten.

Die deutschen sozialdemokratischen Führer haben wieder einmal einen schweren Fehler begangen, den sie ohne Zweifel teuer bezahlen müssen, und der auch den Arbeitern von Deutschland teuer zu stehen kommen wird.“

Es ist nützlich festzustellen, daß neben der KPD nicht nur wir, sondern auch Sozialdemokraten die Taktik der SPD- und Gewerkschaftsführung im Verkehrsarbeiterstreik in gleicher Richtung wie wir aufs schärfste verurteilen.

Freiwilliger Arbeitsdienst als getarnte SA

Dessau, 13. November.

Die sozialdemokratische Fraktion des anhaltischen Landtages hat an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der nachgewiesen wird, daß mit dem freiwilligen Arbeitsdienst in Anhalt höchster politischer Mißbrauch getrieben wird. Es wird der Vorwurf erhoben, daß der freiwillige Arbeitsdienst in Anhalt nichts anderes als eine getarnte SA sei. In der Eingabe heißt es u. a.: „Die Kolonnen des freiwilligen Arbeitsdienstes ziehen, mit ihren Führern an der Spitze, laut singend durch die Straßen der Stadt. In geradezu herausfordernder Weise bevorzugen sie dabei nationalsozialistische Hetzlieder, die ganz eindeutig Mordandrohungen gegen Männer wie Minister Severing enthalten.“ Es wird in der Eingabe weiter mitgeteilt, daß die Arbeitsdienstfreiwilligen zu Parteiveranstaltungen der Nationalsozialisten kommandiert, daß für die Lehrvorträge fast ausschließlich Mitglieder der NSDAP herangezogen, daß ganze Trupps von diesen Arbeitsdienstfreiwilligen planmäßig als Versammlungsstörer in sozialdemokratischen Wahlversammlungen verwendet würden. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits eine Interpellation im Landtag eingebracht, in der dieselben Beschwerden erhoben wurden. Die Antwort der anhaltischen Regierung auf diese Interpellation war jedoch so unzureichend, daß sich die Fraktion jetzt an den Reichsarbeitsminister gewandt hat.

Berichtigtes Wahlergebnis

Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahl hatten wir gemeldet, daß die SAP im Wahlkreis 15 (Ost-Hannover) 175 Stimmen erhalten habe. Diese Meldung beruht auf einem Irrtum des Wolf-Büros. Wie wir jetzt festgestellt haben, hat die SAP in diesem Wahlkreise 435 Stimmen erhalten.

Verantwortlich: Paul Hanneck, Breslau. Inserate Herbert Scholz, Breslau. Verlag „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck Th. Schatzky AG. Breslau. Neue Gruppenstraße 7.

Redaktion: Breslau. Kleine Holzstraße 3. 1. Treppen. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6. Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 10 und RM 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2,10 und RM 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2,10 —uzüglich RM 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes. Expedition: Breslau. Kleine Holzstraße 3. 1. Treppen. Telefon 206 02.